Was ist an der Forderung nach einem AfD-Verbot falsch?

Überlegungen

von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Mai 2025

Text 180.0

Die Ausgangslage

Arne-Torben Voigts im Interview mit Prof. Volker Boehme-Neßler [1] vom 11.05.2025 im NDR-- Fernsehen / Hallo Niedersachsen! [2]

ATV
Die Debatten um ein AFD-Verbot ist wieder in der Welt nachdem, die Partei ja, als gesichert rechtsextrem eingestuft wurde. Sie haben schon Bauchschmerzen mit dieser Einstufung. Warum?

VBN
Ich habe vor allen Dingen auch Bauchschmerzen mit der Art und Weise wie die Einstufung erfolgt ist. Ein Geheimdienst markiert eine Partei als rechtsextrem. Er kann aber keine Belege vorlegen, weil er sagt, die sind geheim. In der Demokratie muss das offen passieren. Die Bürger müssen sehen, auf welcher Grundlage wird das Urteil getroffen. Dann können sie sich ein Urteil bilden. Das wäre der saubere demokratische Weg.

ATV
Jetzt geht es eine Stufe weiter. Nachgelagert ist jetzt die Debatte, ob ein AFD-Verbot erfolgen muss. Da sind die Hürden ja noch höher. Wie bewerten Sie die Debatte?

VBN
Sie haben recht, die Hürden sind noch höher. Das liegt daran, dass die gerichtliche Entscheidung über ein Parteiverbot eher ein Fremdkörper ist und deswegen sagt man, das geht nur ausnahmsweise und mit ganz hohen Hürden. Diese sind: eine Partei kann verboten werden, wenn sie verfassungsfeindlich redet und verfassungsfeindlich handelt. Reden und denken reicht nicht, es muss auch gehandelt werden.

---

1 Dr. Dr. Volker Boehme-Neßler ist seit 2014 Prof. für Öffentliches Recht, Medien- und Telekommunikationsrecht an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Studium von Rechts- und Politikwissenschaft in Berlin und Heidelberg. Dr. iur.utr. 1993 (Heidelberg), Dr. rer.pol. 1997 (Berlin), Habilitation 2008 (Kassel). Von 1993 bis 1998 Rechtsanwalt in Berlin und Wiesbaden; von 1998 bis 2014 Prof. für Europarecht, öffentliches Wirtschaftsrecht und Medienrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Technik (HTW) in Berlin.

2 Übertragung eines Wortbeitrags in die Schriftform. Kleine Hör- und Schriftfehler sind nicht ausgeschlossen. https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hallo_niedersachsen/Sieben-Demonstrationen-fuer-AfD-Verbot-in-Niedersachsen,hallonds95078.html

ATV
Aber wenn die AFD sagt, sie werde Deutschland vom Kopf auf die Füße stellen und damit verstehe ich persönlich die freiheitlich demokratische Grundordnung, wie kann oder wie sollte sich diese Grundordnung verteidigen?

VBN
I*ch würde sagen unsere Demokratie, unsere Verfassung wird durch die Bürger verteidigt. Die Bürger mischen sich ein, die schauen sich an was die einzelnen Parteien wollen, welche Ideen sie haben, wie sie diese Ideen vertreten. Und dann entscheiden die Bürger in der Wahl. Das ist übrigens das, was alle großen freien westlichen Demokratien machen. Die Bürger entscheiden das, nicht ein Geheimdienst, nicht ein Gericht.*

ATV
Jetzt haben wir natürlich eine andere Vergangenheit und sind anders aufgestellt. Insofern ist dieses Schwert des Verfassungsschutzes nicht doch wichtig und sollte benutzt werden können?

VBN
Also ich würde jetzt den Verfassungsschutz nicht unbedingt abschaffen. Aber man sollte ihn ganz, ganz vorsichtig benutzen, weil er grundsätzlich eher demokratiefremd ist.

ATV
Sie sagen auch er wurde in der Anfangszeit der Bundesrepublik implementiert. Da war die Demokratie noch schwach und man wusste nicht, ob die Demokratie alles mögliche aushält.

VBN
Das ist jetzt anders, wir haben eine 80 Jahre alte Demokratie, die hat sich gefestigt, die Strukturen sind gefestigt, die Bürger haben ein anderes Demokratiebewusstsein. Insofern denke ich zumindest bei politischen Fragen brauchen wir den Verfassungsschutz nicht unbedingt.

ATV
Und ich muss nochmal nachfragen: Der Verfassungsschutz ist demokratiefeindlich? Hab ich das richtig verstanden?

VBN
Der Verfassungsschutz ist sozusagen in einer freiheitlichen Demokratie ein Fremdkörper oder eine fremde Idee. In der Demokratie geht es um die politische Diskussion unter den Bürgern und Politikern. Und es geht nicht darum, dass eine staatliche Behörde, die im geheimen arbeitet, sich einmischt. Es gibt ja auch das Neutralitätsgebot des Staates. Und der Verfassungsschutz ist eine staatliche Behörde. Deswegen ist es ganz schwierig, wenn man sagt, staatliche Behörden greifen in den politischen Wettbewerb ein.

ATV
Wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Das oben wiedergegebene Interview hat in mir meine Zweifel an die Wirksamkeit des Widerspruchs zugunsten der Demokratie überwinden lassen. Ich hatte den Eindruck, der Interviewer Arne-Torben Voigts sei erstaunt über die Aussage von Volker Boehme-Neßler, weil er auch von ihm, den Rechtsgelehrten, eine Verteufelung der AdF erwartet hatte. Wenn es so war, konnte er das gut überspielen. Mein Erstaunen über die Aussage vom Professor war ebenfalls vorhanden und hält sich bis heute, weil ich die Hoffnung schon fast verloren hatte, dass die Fehlsichtigkeit in der Berichterstattung und vermutlich auch bei vielen Demonstranten in Sachen AfD eine sachliche Erwiderung erfährt.

Um Missverständnissen vorzubeugen, ich reite hier keine Attacke für die Inhalte der AfD. Da gibt es bestimmt genügend Gedankliches, das mich bei genauerer Betrachtung auf die Palme bringen würde. Es geht mir um die demokratische Willensbildung und wer die AfD als politisches Ergebnis verursacht hat. Prof. Boehme-Neßler hat zu der demokratischen Willensbildung Klartext geredet, worüber ich erfreut bin. Und mir ist dabei egal, ob er sich politisch als links, mittig oder rechts versteht oder von anderen so einsortiert wird. Schon Ende der siebziger Jahre waren sich die Akteure in der Grünen Liste Umweltschutz, der Gründungszelle der GRÜNEN einig, dass die Bezeichnungen links und rechts für politische Haltungen und Problemlösungen nicht mehr nützlich sind. Die politische und sachliche Tauglichkeit von Programmen und Lösungen gesellschaftlicher Probleme lassen sich damit nicht mehr aussagekräftig benennen. Wenn sich das Liberale in der Grünen Bewegung hätte entfalten können und von den linken Konservativen nicht niedergetrampelt worden wäre, hätten wir heute wahrscheinlich kein Problem namens Alternative für Deutschland.

Es wird wohl nirgendwo ein Regierungssystem geben, das nicht politische Ränder produziert. Ob diese Ränder eine nützliche Korrekturfunktion in der Politik haben, hängt aber von der politischen Mitte ab. Wenn die politischen Ränder aber zu einer Größe anwachsen, die eine Unwucht im runden Lauf des Politiksystems bringt, dann hat die politische Mitte eindeutig versagt, egal wer sich dazu zählt. Das heißt dann aber auch: Wenn die AfD eine politische Gefahr ist, dann sind die CDU/CSU, die SPD, die FDP und DIE GRÜNEN – die alle für sich in Anspruch nehmen, zur politischen Mitte zu gehören – ebenfalls eine Gefahr für Deutschland, für Europa und die Welt.[3]

3 Das andere Staaten ähnliche Probleme haben wie Deutschland, ist keine Widerspruch, sondern zeigt eher die Größe des Problems an.

Wie wir diese Gefahr überwinden können, weiß ich auch nicht oder nicht genau, obwohl ich dazu Vorstellungen habe, die von den Medienberichten abweichen und keine Chance haben, deren Hörer und Leser zu erreichen. Es ist aber erforderlich, Menschen, die anders denken und etwas anderes wollen als die jeweiligen Mehrheiten mit herkömmlichen Gedanken, Irrtümern und Zielen ebenfalls zu einer freiheitlichen Gesellschaft zu zählen. Den Minderheiten muss genauso Raum gelassen werden, sich zu artikulieren wie den Mehrheiten. Dabei wird die Tonlage, das Verhalten und das Urteilen der Bürgerinnen und Bürger eines Lagers das dem anderen Lager jeweils gegenübersteht mitbestimmt. Wenn das Ergebnis etwas Unversöhnliches ist, liegt selten nur an einer Seite. Vor vielen Jahren hörte in einer BWL-Vorlesung den Satz, dass in einem gut aufgestellten Betrieb die Bremser und die Treiber das Gleichgewicht halten, und abgestimmt aufeinander reagieren, das scheint mir auch bei den Mitgliedern einer Gesamtgesellschaft und ihren Selektionen, wie es die Parlamente, welche sind, erforderlich zu sein.

Auch muss die Politik auf allen Ebenen ehrlicher werden, indem die Träger der Politik sich selbst und ihr Klientel weniger vormachen und in die Taschen lügen. Vertrauen ist in der Politik ein wichtiger Baustein. Aber schon kleine Lügen in den verlautbarten Absichten sind Sabotageakte an das notwendige Vertrauen. Das Lamentieren der Politiker und der Medien in diesen Tagen über die Gefährdung der Demokratie nach der Methode „Haltet den Dieb“ trägt mehr zum Untergang als zum Aufbau[4] der Demokratie bei.

Das oben wiedergegebene Interview mit Volker Boehme-Neßler ist ja als Kommentar zu den Berichten „Sieben Demonstrationen für das AfD-Verbot in Niedersachsen“ gedacht. Ich will mir nun nicht anmaßen, die Motive der einzelnen Demonstrantinnen und Demonstranten vom Bildschirm des Fernsehers aus genau beurteilen zu können. Aber verschweigen will ich auch nicht, dass Berichte, die ich im Laufe der Zeit über die Nazi- und Vornazizeit gelesen habe wieder ins Bewusstsein kamen, wo die Politik und die Parteiführungen vorgaben, wer als die Bösen in der Gesellschaft zu gelten haben und die angesprochenen Teile des Volkes auf diese Weise wussten, welche anderen Teile des Volkes ihre Feinde sind, die es dann galt, durch De-

4 Hier habe ich *Aufbau* eingefügt und nicht *Verteidigung,* weil wir eine Demokratie, die ihren Namen verdient noch gar nicht haben.

onstrationen (Pöbeleien und Straßenschlachten) sichtbar zu machen.[5] [6]

Die *Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ)* vom 19. Mai titel auf der Startseite:

> „Demokratie soll sich wehren“: Weil hält AfD-Verbotsverfahren für möglich / Scheidender niedersächsischer Ministerpräsident warn aber vor einem leichtfertigen Antrag / Schleswig-Holsteins Regierungschef Daniel Günther sieht ein Gebot der Partei als dringend geboten.

Das ein scheidender [7] Ministerpräsident nach langer Dienstzeit gerne von Bord gehen möchte mit dem Gefühl *alles klar Schiff*, ist verständlich und dass ein anderer gerne zügig eine als Störung empfundene Partei aus dem Weg räumen möchte ist ebenfalls verständlich und genauso ist es nicht nur Konkurrenzdenken und Neid vieler anderer Menschen, die sich durch die AfD gestört oder bedroht fühlen. Der Grund dafür liegt meiner Einsicht nach aber nicht direkt bei der AfD – die für mich auch kein Sympathieträger der Politik ist – sondern, dass der Politik allgemein die Werte einer wirklichen freien Gesellschaft, das Wissen und Gefühl für die Voraussetzungen einer Demokratie, die ihren Namen verdient, abhandengekommen ist. Die Zustimmung zu der AfD wird ganz richtig bei den Mitgliedern der traditionellen Parteien und bei den aus sie hervorgegangen Mandatsträgern als eine Abwahl oder verminderte Zustimmung ihrer Politik gewertet. Das ist eine richtige Bewertung, die aber nicht durch ein Verbot der AfD korrigiert werden kann.

Die Demokratie ist definitionsgemäß keine Herrschaft, die auf Gottes Gnadentum - wie bei den früheren Monarchen – besteht. Demokratie ist auch keine Herrschaft einer Gruppe von Parteien, oder eines Diktators. Eine Demokratie verliert aber auch ihren Charakter, wenn die Verfassung mit Ewigkeitsklausel angefüllt wird, weil das zur Herrschaft der Toten über die Lebenden führt (Jefferson). Innerhalb einer Gesellschaft, die die Demokratie (in irgendeiner Form) vom Kriegsgegner geschenkt bekommen haben oder durch die Denkarbeit einer Auswahl von Mitgliedern der eigenen Gesellschaft erworben haben, haben auch die Kompetenz, sich für eine Diktatur zu entscheiden, was ihnen aber nicht zu raten ist, weil man sie nur schwer wieder loswird. Daraus schließt sich, dass sich die Verfassungstreue auf die Einhaltung der jeweils gültigen Verfassung beschränkt und nicht auf das Verfassen von Entwürfe für

5 Demonstrationen sind ein wichtiges Instrument der Demokratie, wenn die Informationslage, die diese auslösen, sachlich richtig sind und nicht von versteckten Problemen oder Ansprüchen ablenken sollen.

6 Auf die Vorbereitung des zivilen Teils der Gesellschaft auf den nächsten Krieg wird ja schon wieder geworben (natürlich als Vorsichtsmaßnahme), folgerichtig müsste man doch auch wieder für die härtere Gangart der Demonstration werben.

7 Inzwischen ausgeschiedener Ministerpräsident.

eine künftige Verfassung. Damit jede Generation mitentscheiden kann, mit welcher Verfassung sie leben will. Sollte alle 25 Jahre eine Revision der Verfassung vorgenommen werden, in der entschieden wird, ob die vorhandene Ausformung weiter gelten oder geändert werden soll.

00000

Am 22. Mai 2025 veröffentlichte die HAZ einen Beitrag von Harald Stutte mit dem Titel:

> Machtmensch und Mysterium / Vor 25 Jahren starb der langjährige Stasi-Chef Erich Mielke. 32 Jahre lang stand er an der Spitze des omnipräsenten DDR-Geheimdienstes – war gefürchtet in Ost und West. Menschen, die ihn erlebt haben, berichten, wie er war.

Da einigermaßen bekannt ist, dass unzählige Menschen unter diesen Geheimdienst gelitten haben, nutze ich die Überschriftzeilen für die Frage: Wie viel Geheimdienste verträgt unser Staat, der ja – trotz aller berechtigten Kritik –freiheitlicher gestalteter ist als jener der DDR. Selbstverständlich benötigen auch Parlamente, Regierungen, kritische Medien und Wähler in Demokratien zuverlässige Informationen. Aber das Gift der Geheimdienstmethoden bekommt den Demokratien nicht. Außerdem ist zu vermuten, dass die charakterlichen Eigenschaften und oder die Rechtfertigungsideologien der dort tätigen Menschen in totalitären und „freiheitlichen“ Staaten ähnlich gelagert sind. Ich schätze, dass in Demokratien nur Informationsdienste gerechtfertigt sind, die auf Geheimdienstmethoden verzichten und der Politik, den Medien und den Bürgern gegenüber offen sind.

00000

Ich erhalte von der Wochenzeitung *DIE ZEIT* immer eine Vorschau auf die nächste Veröffentlichung. Am 14. Mai 2025 war da zu lesen:

> **Kann die AfD verboten werden?**
>
> Peter Müller, der als Verfassungsrichter die Regeln für ein Parteiverbot mitverfasst hat, warnt: Die Hürden sind sehr hoch. Der Rechtsprofessor Kyrill-Alexander Schwarz kontert: Wir dürfen Versäumnisse beim Aufstieg der NSDAP nicht wiederholen. / Interview: Stefan Schirmer und Heinrich Wefing
> Aus der ZEIT Nr. 20/2025

Auch diese Artikelüberschrift dient mir als Stichwortgeberin. Über Peter Müller ist im Netz zu lesen:

> Peter Müller ist ein ehemaliger deutscher Verfassungsrichter, der zuvor als Ministerpräsident des Saarlandes (1999-2011) und Justizminister des Saarlandes (2009-2011) tätig war. Er war Richter am Bundesverfassungsgericht

von Dezember 2011 bis Dezember 2023

In Wikipedia ist zu lesen:

> **Kyrill-Alexander Schwarz** (* 31. Juli 1968 in Berlin) ist ein deutscher Jurist und Hochschullehrer. Er ist Inhaber einer Lehrprofessur für Öffentliches Recht an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und Mitautor des *Kommentars zum Grundgesetz* von Huber–Voßkuhle (vormals v. Mangoldt–Klein–Starck).

Auch wenn ich die hier genannten Autorenbeiträge nicht gelesen habe, hängt meine Argumentation nicht in der Luft. Hans-Jürgen Papier schaut mich von seinem Buch „Die Warnung / Wie der Rechtsstaat ausgehöhlt wird / Deutschlands höchster Richter a. D. Klagt an“ skeptisch und bestimmt an. Ich habe das Buch gelesen und in anderen Arbeiten auch zitiert, was ich hier nicht machen will. Wenn ich die Bücher zur Verfassung durchzählen würde, währen es wenigstens ein halbes Dutzend. Die Zahl der Bücher zur Gesamtgestaltung unserer Gesellschaft, unseres Staates dürften ein Vielfaches davon betragen. Da ich ein langsamer Leser bin und dazu ein später, der sich innerlich schon auf seine letzte Reise einstimmt, kann man mich auch als ein Nichtleser einstufen, der vorwiegend sein Denken mit seinen Erfahrungen begründet.

Zu meinem Vorhaben, eine Arbeit zum Thema „Demokratie ohne Parteienherrschaft“ zu fertigen, bin ich bis auf die Text-Serie 177, die zu dem Thema hinführen sollten, aus Krankheitsgründen gar nicht gekommen. Als ich das NDR-Interview mit Volker Boehme-Neßler hörte, kam nicht nur die Freude in mir auf über das, was er sagte, sondern auch die Sorge, dass es mich drängen könnte, selbst dazu eine weitere Stellungnahme in die Tasten zu tippen. Als ich danach etwas in meinen Unterlagen suchte, stieß ich zufällig auf meine Arbeit >> ***Von der Wirkung politischer Leitideen, besonders wenn sie falsch sind und auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag*** << Der erste von drei Teilen lautet >>*Die Thesen zum Zustand unserer Demokratie und Ökonomie und ihren Entwicklungs-Chancen*<< vom Januar 2019 mit der Textziffer 160.0. Anmerkungen zu diesem Text und seinen Ergänzungen 160.1 und 160.2 mache ich am Ende dieses Berichtes. Da ich nach kurzer Durchsicht zu dem Urteil kam, dass ich auf diese Arbeit zurückgreifen könne, war meine Angst vor Wiederholungen und Suchen in meiner nicht gut durchorganisierten Ein-Mann-Schreib-Werkstatt verfolgen. Damit bin ich aber noch nicht ganz aus dem Schneider.

Die Aussage von Rechtsprofessor Kyrill-Alexander Schwarz: „Wir dürfen Versäumnisse beim

Aufstieg der NSDAP nicht wiederholen.“ Das wäre eine gute Forderung, wenn diese Geschichte schon so aufmerksam und ausführlich in kurzen Zeitabständen mit weniger Verdrängungen der Wirklichkeit als in der Vergangenheit angegangen würde. Die Schuld der Deutschen der betreffenden Generationen – allgemein – konnte ja nur entstehen, weil sie die Entwicklung des Systems des Nationalsozialismus – bis auf wenige Hellsichtige – nicht Voraus erkennen konnten. Aber bei der individuellen Zumessung der Schuld ist zu berücksichtigen, dass sie sich immer erst mit dem Staat als gesellschaftliche Organisation entwickeln kann und zwar unabhängig davon, nach welcher Herrschaftsformen der betreffende Staat gebildet wurde. Wenn ich die Geschichte richtig deute, hat es immer wieder Fälle von überschaubaren Räubereien mit Mord und Totschlag gegeben. Aber die Massenmorde von Zivilpersonen in Konzentrationslagern, in zivilen Siedlungen durch die Bombardierung und durch Drangsalierung von Menschen auf der Flucht gehen immer von den Staaten aus, egal welche Organisationsform sie haben. Meine These ist: So vielmehr die einzelnen Menschen einer Gesellschaft in „Friedenszeiten“ ein fragwürdiges Moralkorsett verpasst bekommen und wirtschaftliche Ungerechtigkeiten ertragen müssen, je größer wird ihr Bedürfnis sich in Kriegen von den Lebensverengungen in den sie in „Friedenszeiten“ leben müssen, zu befreien. Das geschieht aber nicht offen. Der Weg dahin wird mit Orden gepflastert und mit der Militärseelsorge gefördert.[8]

Das Ziel der bisherigen Aufklärung über die Schuld der Deutschen in Zeiten des Naziregiemes war aber nach meiner Wahrnehmung, diese Schuld auch auf die Nachfolgegenerationen die ebenfalls in das Leiden dieser Zeit in vielfältiger Weise eingeschlossen waren, auszudehnen, um sie besser politisch ausbeuten zu können und von dem Versagen der eigentlich Schuldigen ablenken zu können. Es geht einmal um die bürgerlich-demokratischen Parteien, die auf die Idee von einer mit Gold gedeckten Währung bestanden und um die SPD, die aufgrund ihrer marxistischen Orientierung keinen Zugang zu den Währungsfragen und damit zur Lösung der Währungsprobleme hatte – und immer noch nicht hat.

Und der Satz von Professor Schwarz mit dem Hinweis, „wir dürfen Versäumnisse ... nicht wiederholen“, lässt darauf schließen, dass er nichts anderes zur Kenntnis genommen hat, als das, was über Jahrzehnte politisch opportun war und den Geschichtsschreibern genügte, um als anerkannte Kapazitäten zu gelten. Sie verdienten sich ihr Geld und ihre Anerkennung doch auch, wenn sie sich nicht auf die Wirkungen der Tücken einer fehlgeleiteten Ökonomie einlie-

8 Die Seelsorger werden das anders sehen, sonst könnten sie ihr - einträgliches – Amt auch wohl nicht ausführen. Mir liegt nichts an ihre Kränkung. Mir geht es um die Funktion ihrer Rolle.

ßen.

00000

In der fehlerhaften Schilderung der Ursachen der Geschichte des Mordens unter der Hakenkreuzfahne in Deutschland, die Inhaftnehmung der nicht beteiligten Generationen der Deutschen, die an dem Morden nicht beteiligt waren und der Fehlleistungen der Ökonomie des Sozialdemokratismus (weltweit) die den Kapitalismus schützt und die Marktwirtschaft nicht zur Entfaltung kommen lässt, haben sich die zu beobachten Rechtstendenzen in unserer Gesellschaft und in anderen Gesellschaften entwickelt. Ich schätze, dass diese Art der Vergangenheitsbewältigung der AfD noch mehr Zulauf verschafft und die Verhältnisse fördert, die man tatsächlich oder angeblich verhindern will. Wohl gemerkt, ich kritisiere hier keine Menschen, sondern untaugliche Ideen, Vor- und Einstellungen zu dem grausamen Geschehen, unter dem auch die Deutschen selbst gelitten haben.

Ich habe aktuell die Bergedorfer Protokolle Band 12 mit dem Titel „Hemmen Tabus die Demokratisierung der Deutschen Gesellschaft?“ aus dem Jahr 1965 gelesen. Professor Dr. Alexander Mitscherlich referierte dieses Thema und diskutierte es mit zwei Dutzend akademisch gebildeten Köpfen. Auch in diesem Buch wird deutlich, wie schwierig es für uns Deutsche ist, eine realistische Einstellung zu unserer Geschichte zu bekommen. Wir müssen verdammt aufpassen, dass wir uns nicht selbst eine neue Spur in eine neue Katastrophe legen.

Neu Vorliegen habe ich das Buch *„Uns das Grundgesetz aneignen! Band 1: In bester Verfassung?“* Herausgegeben von Roland Appel / RDB e.V.. Die Abkürzung RDB verweist auf eine Stiftung und auf einen Bildungsverein namens Radikaldemokraten. Ich wurde auf diese Gruppe durch eine Todesanzeige für Dr. Gerhart R. Baum, Ex Bundesminister aufmerksam. Es wurde in der Anzeige, die von vielen Zeitgefährten unterzeichnet ist, eine Verknüpfung zu Karl-Hermann Flach hergestellt, der einst Generalsekretär der FDP und Redakteur der Frankfurter Rundschau war. Weil ich interessiert war, was die Radikaldemokraten denn wollen und weil ich in meiner Zeit als F.D.P.-Mitglied einen kurzen Kontakt zu Karl-Hermann Flach hatte, habe ich den Kontakt aufgenommen. Auf meiner Internetseite befinden sich auch Auszüge aus der Schrift von K-H. „*Noch eine Chance für die Liberalen.*
https://tristan-abromeit.de/pdf/80.1%20K-H-Flach%20Noch%20eine%20Chance.pdf

Das, was die Radikaldemokraten wollen, ist mir noch nicht ganz klar geworden. Der Titel des

Buches drückt aber nicht das aus, was erforderlich ist, denn er verweist auf ein Gut das sich die herrschenden Parteien als Verfassungspiraten in ihrer politischen Kurzsichtigkeit angeeignet haben. Wir Deutschen, wenn wir uns wirklich für Demokraten halten, müssen dies aber jetzt beweisen, indem wir alle – die das Wort Demokratie nicht nur als eine leere Hülse verstehen – uns eine Verfassung erarbeiten und beschließen.

00000

Vorgestern habe ich mich bei dem folgend beschriebenen Webinar der Friedrich-Naumann-Stiftung angemeldet:

> WEBTALK „Letzter Sommer in Frieden?"
> Verteidigungspolitische Prioritäten für die neuen Bundesregierung –
> mit Prof. Dr. Gerlinde Groitl und Prof. Dr. Sönke Neitzel (21. 5. 2025)

Frau Groitl und Herr Sönke, haben ihr Anliegen ganz sympathisch vorgetragen, aber so als ginge es darum den Fußballclub Hannover 96 wieder auf den Vordermann zu bringen. Man merkt, dass heute Bürgerinnen und Bürger sich auf den nächsten Krieg vorbereiten, die nicht mehr den Schwur „Nie mehr Rüstung! Nie mehr Krieg!" der Generation der Kriegsteilnehmer – aufgrund des Fehlens der eigenen Erfahrung – verstehen:

Ich will jetzt mit Zitaten und eigenen Worten eine geschichtliche Wirkungskette in der Kurzform beschreiben. Ich mag das nicht gerne, weil ich Wiederholungen nicht liebe, die Auswahl der dazu passende Literatur evtl. zu klein ist, Missdeutungen nicht ausgeschlossen sind und ich für den Rückblick zu müde bin. Die Zeit für den Vorausblick geht so verloren. Ich fange mit einem Auszug aus der ersten Veröffentlichung von Silvio Gesell an:

> **Die Judenfrage.**
> Bei dem heutigen Geldwesen hat der Geldinhaber dem Wareninhaber, d. h. dem Produzenten, gegenüber große Vorrechte und wenn er aus diesen Vorrechten Nutzen zu ziehen sucht, so tut er nicht mehr, als jeder andere an seiner Stelle auch tun würde.
>
> Die Juden beschäftigen sich nun mit Vorliebe mit Geldgeschäften und ist es klar, daß diese Vorrechte des Geldinhabers drum auch vorzugsweise den Juden zu Gute kommen.
>
> Hat aber darum Herr Stöcker ein Recht, die Juden zu verfolgen? Ist nicht das Geld eine öffentliche Einrichtung, kann nicht jeder, *wenn er dazu befähigt ist*, den Juden Konkurrenz machen, hat nicht schon jeder, selbst Herr Stöcker, den geheimen Wunsch gehegt, selber Bankier zu sein?

Die Judenhetzerei ist eine kolossale Ungerechtigkeit und *eine Folge einer ungerechten Einrichtung*, eine Folge des heutigen Münzwesens. Wo Aas ist, da versammeln sich die Adler; will man die Adler vertreiben, so braucht man die Lockspeisen nur fortzuschaffen und die Adler werden von selber verschwinden, ohne daß es nötig sein wird, auch nur einen einzigen zu töten.

Die Münzreform macht es unmöglich, daß jemand erntet ohne zu säen, und die Juden werden durch dieselbe gezwungen werden, die Verwertung ihrer großen geistigen Fähigkeiten nicht mehr im unfruchtbaren Schacher zu suchen, sondern in der Wissenschaft, Kunst und ehrlichen Industrie.

Die Münzreform schützt die Juden nicht allein vor jeder weiteren Verfolgung, sondern sie sichert auch der deutschen Wissenschaft und Gesetzgebung die Mitwirkung des jüdischen Scharfsinnes.

(Seite 140 f.) aus: ***Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat***
Bueunes Aires, 1891

00000

Es folgt ein Ausschnitt aus dem Band II der geschichtlichen Studie von Fritz Schwarz, das wie folgt betittelt ist: ***Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker,*** Genossenschaft Verlag freiwirtschaftlicher Schriften, Bern 1945:

Der Krieg von 1914 bis 1918 begann 1874.

Es ist kein Zufall, daß man für die Darstellung der Vorgeschichte des Weltkrieges immer in die siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurückgeht. Damals wurde tatsächlich der Grund zum Dreibund wie zur Tripelallianz gelegt. Alle Länder wurden mit Zollgürteln umschlossen. Selbst Bismark wurde seines Widerstandes gegen die deutsche Kolonialpolitik müde und bequemte sich dazu, für das deutsche Reich Kolonien zu erwerben. Jeder halbwegs anständige Staat strebte auch nach «Interessensphären». Damals wurde die Erde verteilt. Warum das alles? Weshalb diese Belastung der Bürger mit fremden Kolonien, die mehr Geld kosteten als sie einbringen konnten und mit «Interessensphären», wo man doch kaum mehr für seine eigenen Belange sorgen konnte?

Wir haben im ersten Bande gesehen, wie sich in diesen Jahren infolge des Fehlens von Gold die Wirtschaft mehr und mehr verengerte. Die Völker fühlten das. Schließlich sollten sich alle Regierungen nach einem bessern «Platz an der Sonne» umsehen. Sie merkten nicht, daß nur der Mangel an G e l d die Völker zur Verzweiflung brachte. Die Herrschenden suchten überall nach Verbündeten; jedes Bündnis aber erweckte Mißtrauen bei andern und führte wieder zu Gegenbündnissen.

Mit dem Jahre 1893 kam die Erlösung. Die Goldfunde stiegen wieder. Sie ermöglichten die Ausdehnung der Gütererzeugung, des Handels und des Verkehrs und die Entwicklung der Technik. Doch blieben die staatlichen Versuche zur Besserung der Lage bestehen. Die Bündnisse wurden nicht gelöst, die Kolonien nicht aufgehoben, die Zölle nicht abgebaut. Und was

das Allerschlimmste war: die eintretende Besserung wurde sogar diesen sinnlosen Versuchen zugeschrieben. Man geriet auf diese Weise in eine ganz unheilvolle Täuschung hinein. Was der vermehrte Geldumlauf gebracht hatte, glaubte man selber geschafft zu haben. So kam man zu einer ganz schiefen Bewertung von Zöllen, Kolonien, Bündnissen und Rüstungen. Bei der ersten Schwierigkeit, die von der Wirtschaft her später auftauchen würde, war sicher anzunehmen, daß man ihr wieder mit den gleichen Mitteln entgegentreten würde, die ja vermeintlich - schon früher geholfen hätten! So konnte eine anhaltende, scharfe Krise schließlich den Krieg zur Auslösung bringen, den man 1893 vertagt hatte. (Seite 37 f.)

Gab es 1914 einen Ausweg aus der Krise?
Fragt man sich, ob den Regierenden 1914 keine Möglichkeit gegeben worden wäre, die auf der gesamten abendländischen Kultur lastende Krise zu beheben, so können wir auf eine Schrift hinweisen, die schon im Frühjahr 1909 sämtlichen deutschen Landesfürsten, Ministern und Abgeordneten zugestellt worden war. Sie hieß «Aktive Währungspo1lt1k, eine neue Orientierung auf dem Gebiet der Notenemission» und hatte als Verfasser die beiden deutschen Kaufleute Silvio Gesell und Ernst Frankfurth £ u r t h. In dieser Schrift von 96 Seiten Umfang war die volkswirtschaftliche Bedeutung des Geldes klar dargelegt, der Bedarf an Geld, das Maß des Geldbedarfes, waren die Folgen steigender und sinkender Preise angegeben, ferner standen darin währungstechnische Vorschläge für die Sicherung der Währung und zwar sowohl für die nationale als für die internationale Währung. In aller Deutlichkeit und Sachlichkeit war darin auch dargelegt, woher die allgemeinen Krisen rühren und, was wichtiger war, es wurde auch angegeben, wie sie verhindert und beseitigt werden könnten. Doch rührte sich damals in ganz Deutschland keine Hand, um hier etwas zu tun. Erst jagte man die Volkswirtschaft in die Preissteigerung hinein, um sie dann in der Preissenkung und Absatzstockung im Stiche zu lassen. Wenn man schon nach Verantwortlichen für den Weltkrieg von 1914 bis 1918 suchen will, so müßte man sie dort finden, wo man für die Währungspolitik verantwortlich war und diesen Warnungsruf von Gesell und Frankfurth nicht beachtete.

Zu dieser Schrift waren von 1912 ab neue Warnungen gekommen durch den in Berlin erscheinenden « P h y s i o k r a t », herausgegeben von Georg Blumenthal. Da hatte Otto Maß schon im November 1912 vor der kommenden Krise gewarnt; «Allgemeiner Preisfall ist Krankheit für die Volkswirtschaft, ist Hemmung des Lebens in allen Formen, ist beginnendes Sterben. Wie unmittelbar aber gerade die kulturelle Entwicklung davon berührt wird, das ergibt sich deutlich z. B. gerade daraus, daß mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit eine Steigerung der Verbrechen Hand in Hand geht.» Er zeigt dann die verhängnisvollen Folgen der Goldverminderung und verlangt eine dem Warenangebot angepaßte Geldverwaltung, «ein Reichswährungsamt». Das wäre, schreibt er dort, «eine volkswirtschaftliche Leistung von größter Tragweite, eine Tat auch von größter kulturpolitischer Bedeutung». In der Dezembernummer überschreibt Gesell den Leitaufsatz mit «Geld oder Krieg!». «Das herkömmliche Geld kann mit einer schadhaften Leiter verglichen werden: je höher wir steigen, um so tiefer stürzen wir, wenn sie bricht. Und sie wird brechen Unser Geld bedingt den Kapitalismus, den Zins, die Massenarmut, die Revolte und schließlich den Bürgerkrieg, der erfahrungsgemäß mit unheimlicher Schnelligkeit zur Barbarei zurückführt. Und für Barbaren gibt es kein anderes Mittel, um die Bevölkerung auf der Höhe der Subsistenzmittel zu erhalten als den Krieg, den Massenmord. Entweder Arbeitsteilung und ein diese sicherndes Geldwesen, als Träger einer aufwärtsstrebenden Kultur, die die Subsistenzmittel der Bevölkerung anzupassen weiß, oder aber umgekehrt die gewaltsame Anpassung der Bevölkerung an die

natürlich gegebenen Subsistenzmittel durch den Krieg, das gegenseitige Totschlagen der Ueberzähligen.» Er mahnt die Verantwortlichen im gleichen Aufsatze: « Wer es vorzieht, seinen eigenen Kopf etwas anzustrengen, statt fremde Köpfe einzuschlagen, der studiere das Geldwesen.

Im gleichen Jahre sprach auf dem Internationalen Handelskammerkongreß in Boston Professor Irving Fisher über die Teuerung und ihre Ursachen Professor Woodrow Wilson, der nachher Präsident der Vereinigten Staaten wurde, machte mit seinem Einverständnis den Vorschlag, in Zeiten sinkender Preise den Golddollar leichter auszuprägen, so daß also dessen Menge erhöht werden könnte, wodurch die Nachfrage steigen würde und die Preise gehalten werden könnten.

Doch ungehört verhallten diese Vorschläge und Warnungen. Der Sozialdemokrat Südekum, Mitglied des Reichstages, wurde in Nürnberg von einem Vertreter dieser Ansichten gestellt, der selbst Vorstandsmitglied eines sozialdemokratischen Vereins in Berlin gewesen war. «Da ich diese Ansichten von der gesellschaftlichen Entwicklung für falsch halte, werde ich ihrer Propaganda mit derjenigen Energie entgegentreten, die ich meiner Partei und ihren Anhängern schuldig bin», antwortete Abgeordneter Südek um auf einen Brief seines Kritikers, [9]

So prallte die Aufklärungsarbeit Gesells und seiner Anhänger an der Mauer marxistischer und bürgerlicher Vorurteile ab, obschon im November 1913 Gesell einen Ausspruch aus der Geschichte des Siebzigerkrieges anführte, worin Moltke sagte: «Es sind die Stimmungen der Völker, das Unbehagen über einen Zustand, welche den Frieden gefährden.»

Man wollte nicht merken, daß man mit voller Fahrt in einen solchen Zustand hineinfuhr, ja, sich schon mitten darin befand, denn «sieben Arbeitslosenversammlungen (so berichten die Berliner Zeitungen im August 1913) waren nach den großen Sälen in den einzelnen Berliner Stadtvierteln einberufen worden. Der Andrang war sehr stark, mehrere Säle mußten schon eine Stunde vor dem Beginn polizeilich gesperrt werden. Referenten waren Gewerkschaftsführer. Sie schätzten die Zahl der in Berlin vorhandenen Arbeitslosen auf 50.000. Darunter befanden sich ungezählte Arbeiter, die schon 17 bis 20 Wochen hätten feiern müssen. Hierzu kämen noch Tausende von Arbeitern, die seit Wochen sogenannte Feierschichten in den Kauf nehmen müßten. Als Hauptursache der Kalamität wurde die heutige Wirtschaftspolitik bezeichnet.» (Als der Krieg vorbei war und die Geldverminderungskrise gleicherweise geicherweise in vollem Gange war wie 1912, da hieß es überall: Das sind die Folgen des Krieges!)

Im gleichen Monat wiederholte Gesell im <Physiokrat> die Vorschläge vom Jahre 1909, die die Amerikaner, wie wir noch hören werden, Ende 1922 durchführten, um die Krise zu beheben. (Seite 85 f.f.)

1923 - das Jahr der Geldvernichtung.

Die Reichsbank berichtet darüber [10] :

«Im Jahre 1923 büßte die deutsche Mark im Verlaufe der unheilvollen Inflation ihre Fähigkeit, Zahlungsmittel im Verkehr mit dem Auslande zu sein, nahezu vollständig ein; sie versagte aber auch im Inlandsverkehr mehr und mehr, nicht nur in ihrer Funktion als Wertaufbewahrungsmittel und Wertmesser, sondern schließlich an vie-

9 Fußnote 16): <Physiokrat> Nr. 4 Auust 1914

10 Fußnte 62): Verwaltungsbericht der Reichsbank für das Jahr 1923, S. 3

len Stellen sogar als Tauschmittel und Zahlungsmittel. Die Umlaufsgeschwindigkeit der Markzahlungsmittel hatte sich fieberhaft gesteigert, «Notgeld» war in unübersehbarer Buntscheckigkeit von öffentlich-rechtlichen und privaten Stellen zur Ausgabe gebracht worden. Die privaten Wirtschaftskreise hatten sich veranlaßt gesehen, Verträge aller Art in wachsendem Umfang nicht mehr auf Mark, sondern auf der Grundlage irgend welcher anderen Wertbestimmungen (marktgängiger Waren, Devisen, Edelmetalle, Indexziffern usw.) abzuschließen. Die Währungszerrüttung hatte wahrhaft verhängnisvolle Folgen. Sie lähmte Handel und Verkehr und führte die gesamte deutsche Wirtschaft dem völligen Ruin entgegen.» … (Seite 193)

Dr. Schacht und die Wiedereinführung der Goldwährung in Deutschland

Dr. Hjalmar Schacht fand (Hjalmar Schacht: Die Stabilisierung der Mark, Berlin 1927, Seite 94), «die Vorstellung, daß neben dem internationalen Goldgeld ein inländisches Zahlungsmittel wie die Rentenmark sich in fester Wertbeständigkeit erhalten könnte, so absurd, daß ich nur einen einzigen Gedanken hatte: in welchem Tempo die Rückkehr zum Golde möglich sein würde.»

So war denn sein Erstes, nach seiner Ernennung sogleich zum Goldlieferanten Deutschlands, zu England, zu gehen, um dort mit Montagu Norman die Möglichkeit zu besprechen, Deutschland wieder von den Goldzufuhren Englands abhängig zu machen. Selbstverständlich waren die Engländer bereit, die Deutschen wieder an das währungspolitische Leitseil zu nehmen, obschon das, was Schacht als eine absurde Vorstellung weit von sich gewiesen hatte, unterdessen Wirklichkeit geworden war! Vom 15. November 1923 ab liefen die Noten der Rentenbank um, ohne Golddeckung! Indessen ging Dr. Schacht von einem zum andern und machte immer neu darauf aufmerksam, daß mit der Errichtung der Goldbank nicht gezögert werden dürfe. Die vorläufige Stabilisierung der Rentenmark dürfe nicht darüber hinwegtäuschen, daß man sich «in einem Stadium verhängnisvoller Agonie» befände. Die kleinen Leute konnten zwar wieder kaufen, aber die Unternehmer hätten kein Geld, um Rohstoffe einzukaufen und zu produzieren, weil die Notwendigkeit, die Währungsstabilität aufrecht zu erhalten, einer Ausdehnung der Geldscheinzirkulation durch Kreditgewährung im Wege stände; rasches Handeln sei deshalb geboten. Das sagte er am 22. Januar 1924. Die Kreditgewährung der Reichsbank in Rentenmark wuchs aber mit der neu einsetzenden Produktion weiter an. Sie betrug am 31. Januar 1924 bereits 1196,2 Millionen.

Es gelang daher Schacht nicht, die Kommission von der Notwendigkeit der Golddeckung zu überzeugen. Da entschloß er sich, in der 0effentiichkeit gegen die Rentenmark aufzutreten. Das geschah am 7. Februar 1924 in Königsberg, wo er so viel als möglich Mißtrauen gegen die Rentenmark zu säen suchte. Unterdessen ging aber der Handel mit Hilfe der Rentenmark munter fort. Es zeigte sich vom 15. November bis am 7. April 1924, wo Schacht endlich seinen Traum von der Golddiskontbank verwirklicht hatte, daß ein nicht mit Gold gedecktes Geld seine Aufgabe in jeder Hinsicht erfüllt hatte. Dann begann die Pfuscherei - mit der Goldmark.
«Am 7. April 1924 wurde die Stabilisierung (d. h. der Uebergang zur Goldwährung) durch die Kreditrestriktion endgültig gesichert.» «Der Großhandelsindex des statistischen Reichsamtes ging von 125,1 im April auf 122,5 im Mai, auf 115,9 im Juni und auf 115,0 im Juli zurück.» [11])

So wurde also die Kaufkraft dieses Geldes erhöht, ohne daß **es eine** Unterlage von Gold gehabt hätte. Denn: «erst am 10. Oktober 1924 wurde durch den Zuwachs von 800 Millionen Goldmark aus der Dawesanleihe der Unterbau in einer für die Wirtschaft erwünschten Weise verbreitet.»

11 Fußnote 64: Schacht: a. a. 0. S. 144, 122 und 144.

> Es ergibt sich aus diesen Worten und aus der weiterfolgenden Entwicklung des Preisstandes in Deutschland die Tatsache, daß die Mark in der Zeit, in der sie nicht durch Gold gedeckt war, fast ständig an Kaufkraft zunahm, während sie von da ab, wo sie mit Gold gedeckt war, lange Zeit an Kaufkraft verlor! Es kommt für die Kaufkraft des Geldes eben nicht auf den Geldstoff und noch weniger auf seine Gold-Deckung, sondern auf das Verhältnis zwischen Geldumlauf und Warenangebot an.

Diese Auszüge geben natürlich nicht den ganzen Text von Fritz Schwarz wieder, sie sollen nur der Wissenschaft und den interessierten Leser den Anlass geben, die offiziellen Angaben um Verlauf der Weimarer Republik zu überprüfen. Ich bin aber noch nicht am Ende. Ich springe jetzt kurz über zu einer Aussage von dem damaligen schwedischen Währungsexperten Gustav Cassel in seinem Buch „*Der Zusammenbruch der Goldwährung",* deutsch, 1937. Es zeigt sich, dass Hjalmar Schacht doch von den Geldreformern gelernt hat, Hitler zu dem wirtschaftlichen Erfolg geholfen hat, den auch viel früher die SPD und die bürgerlichen Parteien schon vorher hätten haben können.

Cassel schreibt:

> Das Halten von Goldreserven zum Zwecke des Ausgleichs der internationalen Zahlungsbilanz würde mutmaßlich in der Hauptsache eine Sorge für Schuldnerländer sein. Schuldnerländer leihen oft Gold direkt für diesen Zweck; auf jeden Fall schwillt aber ihre Auslandsverschuldung durch ihre Golderwerbungen an. Das Ausleihen von Goldfonds, um mögliche Fehlbeträge in künftigen *Zah*lungsbilanzen zu decken, kann kaum als eine Politik angesehen werden, die Vertrauen einzuflößen geeignet ist. Was man auch immer von Dr. Schachts Währungspolitik und seiner Art, die deutsche Währung unter der nationalsozialistischen Regierung zu manipulieren, denken mag, man muß ihm auf jeden Fall das große Verdienst zuerkennen, daß er ein für allemal den Humbug, eine Währung mittels geliehener Goldreserven zu „stärken", entlarvt hat.
>
> Aber es bleiben noch andere Gründe, daß man Gold für internationale Zahlungen in Reserve hält. Kürzlich vorgenommene Goldbewegungen, die in ihren gigantischen Ausmaßen ein bezeichnendes Störungselement waren, sind wesentlich Kapitalbewegungen ohne jeglichen Zusammenhang mit der laufenden Handelsbilanz. Gold diente als Mittel für Kapitalflucht aus unsicheren Währungen in bessere oder für eine Übertragung von Horten aus einem Lande in ein anderes, je nach den wechselnden Ansichten über die Sicherheit, die sich solchen Goldhorten bot. Zum großen Teil rühren internationale Goldbewegungen von jener übermäßigen und ungesunden Sucht nach Liquidität her, die, wie wir in § 10 sahen, eine Folge eines Währungssystems ist, in welchem das letzte Zahlungsmittel ein konkretes Ding wie Gold ist. Gold wird ferner für die Ausfuhr von Kapital, das gewinnbringende Anlage in anderen Ländern sucht, gebraucht. Es mag bezweifelt werden, ob es im öffentlichen Interesse ist, durch solche künstliche Mittel wie das Halten von grollen Goldreserven in der Zentralbank, internationale Kapitalübertragungen zu erleichtern, da diese wohl frei, aber gleichzeitig auch sich selbst tragend sein

> sollen, d.h. aus einem Überschuß in der Zahlungsbilanz gespeist werden sollten. … (Seite 176 f.)

Bei allen Hinweisen, wie zerstörerisch eine falsche Währungspolitik sowohl mit der Inflation, die durch Entwertung der auf Geld lautenden Forderungen einherging und gleichzeitig mit einer Bereicherung durch den Kauf von Sachwerten durch solvente Kreditnehmer die mit einer an Wert fallenden Währung einherging und so die Tilgung der Kredite zu einem leichten Spiel machte. Das Genick der Weimarer Republik hat dann die Deflation, die die großen Arbeitslosenheere und die Unternehmenskonkurse erzeugte. Die Deutschen hatten aber auch noch den verlorenen Ersten Weltkrieg und die von den Siegern auferlegten Lasten zu verkraften. Es darf nicht vergessen werden, dass das ganze Wertesystem der deutschen Gesellschaft durcheinander gewirbelt wurde. Nichts galt mehr, weder Berufs- und Bedeutungskarrieren, noch die alten Rangordnungen, wie sie die „normale“ Vermögensverteilung vor dem Krieg geliefert hatten. Es musste auch nicht nur ein verlorener Krieg mit den vielen Toten verkraftet werden, sondern auch der Rollentausch vom Untertan in der Monarchie zum selbstverantwortlichen Bürger in der Demokratie. Dieser nicht selbst veranlasste Rollentausch wurde ja nicht von geduldigen demokratischen Pionieren mit „Umschulungsprogrammen“ gefördert, sondern von ungeduldigen Voranschreitern, in Kampfabstimmungen durchgesetzt. Eine Sozialisierung der Menschen, die in einem politisch-ökonomischen Gesellschaftssystem wie die Monarchie vollzogen wurde, kann nicht ohne Zwischenstufen in erfolgreich in ein anderes System gedrängt werden.

Erstaunlich ist, was Nahum Goldmann in seinem Buch ***Mein Leben / USA / Europa / Israel,*** 1981 vermeldet:

> Die Kurve meines Lebens und meiner Tätigkeit, wie sie im ersten Band dargestellt wurde, begann gewissermaßen an einem Gipfel jüdischer Existenz - der Lage der Juden in der Weimarer Republik, dem erfolgreichsten und schöpferischsten Kapitel der gesamten jüdischen Galut-Geschichte - doch mit dem Wachstum der nationalsozialistischen Partei und besonders der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, führte die Linie abwärts, in eine entschieden antisemitische Politik, die dann in der grausigsten Katastrophe jüdischer Geschichte, der Vernichtung von sechs Millionen europäischer Juden, endete. (Seite 8)

000 Zwischenbemerkung 000

Mir ist noch eine andere Aussage von Nahum Goldmann eingefallen, aus der man die Schuld der Deutschen gegenüber den Palästinensern herauslesen kann, die aber auch ein Widerspruch ist gegen den israelischen Nationalismus.

Daß die Idee eines Judenstaates eine Folge der Emanzipation war, sozusagen eine kollektive Assimilation der Juden an andere Völker, betonte immer wieder der große jüdische Denker Achad Haam (Pseudonym von Ascher Ginsburg und hebräisch für »Einer aus dem Volke«), zwar kein frommer Jude, aber, im Gegensatz zu Herzl, ein Kenner der jüdischen Geschichte und ihrer Einzigartigkeit. Für die Erhaltung und Zukunft des jüdischen Volkes, sagte er, sei der Staat unwesentlich; wichtig sei ein geistiges, moralisches und religiöses Zentrum in Palästina, das, nachdem die Religion - die jahrhundertelang der entscheidende Faktor für die Sicherung jüdischer Existenz gewesen war - nicht mehr ihre Wirkungskraft besitzt, einen Ersatz darstellen würde, um die Juden als Volk zusammenzuhalten.

Die paradoxe Tragik der Verwirklichung der zionistischen Idee, in der relativ kurzen Zeit von fünfzig Jahren, besteht darin, daß ohne die Vernichtung der Millionen Juden in Europa durch den Nazismus es wahrscheinlich heute den Judenstaat noch nicht geben würde. Ich war nie dafür, historische Tatsachen zu übersehen, wenn sie einem unangenehm sind, und wiederhole diese Feststellung, obwohl ich dafür schon heftig angegriffen wurde. Ohne den Holocaust wäre zwar die individuelle Einwanderung nach Palästina fortgesetzt worden, aber wir hätten nicht die Zustimmung der Majorität der Welt 1947 für die Schaffung eines jüdischen Staates in einem Teil von Palästina erwirkt. (Seite 29)

000 Zwischenbemerkung Ende 000

Wie können der Nationalsozialismus und völkische Gedankengänge in der Zeit gesellschaftsprägend gewesen sein, wenn die Weimarer Zeit „einem Gipfel jüdischer Existenz“ war. Hier sollten die heutigen Vertreterinnen und Vertreter der sogenannten politischen Mitte mal genauer hinsehen, um das Versagen ihrer Vorgänger und danach ihr eigenes Versagen in der Beschreibung des geschichtlichen Ablaufes der Vorgänge zu erkennen.

00000

Ich zitiere aus einer Schrift, die 1924 von dem jüdischen Arzt Dr. Max Sternberg aus Emden publiziert wurde und in zweifacher Form in der kleinen freiwirtschaftlichen Bibliothek zu finden ist:

Text 56.2.1 (72 + 1 Seiten / 9.079 KB)
Dr. Max Sternberg. Warum und wie zur Freiwirtschaft / FFF
1924 Druck und Verlag von Anton Gerhard in Emden / Fraktur

Text 56.2.2 (27 Seiten / 4.926 KB)
Dr. Max Sternberg. A) Biographische Notiz von Werner Onken
B) Warum und wie zur Freiwirtschaft
Ursprungstext (B) von 1924. Als Serie in Zeitschrift Der Dritte Weg.

Es war in den Sturmtagen des November 1918. Am Schlosse in Berlin war die rote Flagge hochgegangen. Im Gebäude des "Vorwärts" saßen die Führer der siegreichen Sozialdemokratie und überlegten: "Was nun?" Da öffnete sich die Türe und herein trat Stinnes. Und Stinnes sagte: "M. H. Ich und meine Klassengenossen sind zur Zeit, warum soll ich es nicht aussprechen, vollständig ohnmächtig. Wir können nicht und wollen auch nicht Ihnen gegenübertreten. Sie sollen die politische Macht haben, wie Sie sie ja

schon seit Jahren verlangt haben. Sie sollen in der Republik den Präsidenten stellen, Ihre Führer sollen auf Ministersesseln Platz nehmen, sollen Regierungspräsident, Oberbürgermeister, Landrat werden, kleinere Führer sollen Sekretär werden, und ganz kleine Führer sollen fortab morgens nicht mehr mit dem Handwerkszeug zur Arbeit, sondern mit der Mappe unter dem Arm zum "Dienst" gehen. So, m. H., sollen Sie die politische Macht haben. Wir haben auch nichts dagegen, wenn Sie "verlangen", daß die "geeigneten" Betriebe sozialisiert werden. Nur eins bedingen wir uns aus: An unserer bewährten Goldwährung dürfen Sie nicht rütteln. Sagen doch alle unsere Sachverständigen, daß die Goldwährung die einzig gute Währung sei. Wer von Ihnen hat sich denn bislang um Währung bekümmert? Hat denn Ihr Marx irgend ein Wort von Währung gesagt? Aber Marx ist ja in einer sehr schwer verständlichen Schreibweise geschrieben, und wenn Sie auch seinen Namen ständig im Munde führen, so hat doch wohl von zehntausend seiner Anhänger kaum ein einziger seine drei Bände vom Kapital durchgearbeitet. Sie haben aber ein vorzügliches Lehrbuch der Marxschen Lehre, in der "Neuen Zeit" von Kautsky, dem Oberhüter der Marxschen Lehre, auf das Wärmste empfohlen. Sie kennen es ja alle. Es heißt: "Karl Marx, sein Leben und seine Lehre" von Beer (N. B. Auch zu kaufen in der sozialdemokr. Buchhandlung in der Kranstraße in Emden.) In diesem Buche kommt das Wort Währung überhaupt nicht, und das Wort Geld nur ein einziges mal vor. Also, was geht Sie Geld und Währung an? Wenn Sie dermaleinst den "Zukunftsstaat" fertig haben, gewiß, dann mögen Sie auch meinetwegen Ihr "Zukunftsgeld", wie es Bebel uns in der "Frau" geschildert hat, einführen, aber bis dahin dürfen Sie nicht das Jahrtausende alte und bewährte Geldsystem und unsere Währung ändern."

Als Stinnes so gesprochen hatte, antwortete der Führer der Sozialdemokratie: "Sie haben Recht, Herr Stinnes. Wenn wir die politische Macht haben, dann werden wir die Sache auch schmeißen, dann sozialisieren wir die Betriebe, aber von der Sozialisierung des Geldes, an die Sie jedenfalls denken, davon steht in unseren Lehrbüchern wahrhaftig kein Sterbenswörtchen, also ist sie auch unnötig oder gar fehlerhaft. Seien Sie unbesorgt, unsere Goldwährung lassen wir in Frieden, ja unsere rote Garde soll als Wächter vor sie hingestellt werden.' Da ging Stinnes hinaus und sagte zu seinen Freunden: "Das Ding haben wir mal wieder fein gedreht. Die Toren da drinnen denken nicht einmal an die alte Volksweisheit: "Geld regiert die Welt." Die Toren da drinnen haben die Republik, aber keine Gebrauchsanweisung, und ich, ich gebe sie ihnen nicht. Die da haben die scheinbare Macht, nämlich die politische, ich aber, ich habe die wirkliche Macht, die Geldmacht. Die da haben die Hülle, ich aber habe den Kern. Die da werden in ihrer Blindheit mit der Tätigkeit der Notenpresse, mit der Helfferich[12] angefangen hat, ruhig oder vielmehr mit verstärkter Macht fortfahren und damit ist ihr Bankrott besiegelt. Was an mir liegt, soll alles geschehen, daß das Tempo der Notenpresse immer schneller gehen wird. Die Zeitungen werde ich aufkaufen. Sie mögen dann über die Notwendigkeit der Republik schreiben, wie sie wollen, aber über Geld und Währung sollen sie nichts schreiben, oder nötigenfalls nur so, daß das Volk weiter dumm gehalten wird. Wenn dann durch die Währungspfuscherei allmählich die Zeit kommt, wo die Milch 20 Milliarden, das Brot 100 Milliarden kostet, wenn dann die Massen hungern, arbeitslos sind, dann werden wir die Arbeiter, nachdem sie sich gegenseitig zerfleischt haben, schon wieder unter das Joch des Kapitalismus vollständig niederzwingen. Ob aber das Volk trotz aller Verdunkelungstätigkeit meiner Presse doch nicht merken wird, wo die Wurzel allen Übels steckt? Nein, ich kenne die Wirkung der Presse. Die Presse wird ihre Schuldigkeit tun und wird dem braven Michel die Schlafmütze über die Ohren ziehen, und die Parteibonzen aller Parteien, ich sage ausnahmslos aller Parteien, werden sie bei dieser Tätigkeit unterstützen. Und wenn die Not im Volke gar zu arg wird, nun, wozu hätten wir dann die lieben Juden?

12 In der *Weimarer Republik* war Karl *Helfferich* führender Politiker der rechten Deutschnationalen Volkspartei (DNVP).

Hier müssen unsere Freunde von der deutschnationalen Volkspartei einsetzen. Sie werden das Volk schon dahin "aufklären", daß nur die Juden an allem Unglück Schuld sind. Sie werden die Massen mit nationalen Phrasen benebeln. Auf eine frisch, fromm, fröhliche Judenhetze ist ja von jeher das dumme Volk hereingefallen, wenn die bevorrechtigten Klassen in Gefahr gerieten, an ihrer bevorzugten Stellung Einbuße zu erleiden. So 1811, 1849, 1880. Somit fasse ich mein Urteil dahin zusammen: Voll Vertrauen in die Zukunft geblickt, denn die Notenpresse wird mit unfehlbarer Sicherheit die Novemberleute zum Bankrott bringen." …

00000

Aus ***Anmerkungen zu Hitler,*** von Sebastian Haffner,, 1. Auflage 1978 / hier die Auflage von 2002.

Im Januar 1933, als Hitler Reichskanzler wurde, gab es in Deutschland sechs Millionen Arbeitslose. Drei kurze Jahre später, 1936, herrschte Vollbeschäftigung. Aus schreiender Not und Massenelend war allgemein ein bescheiden-behaglicher Wohlstand geworden. Fast ebenso wichtig: An die Stelle von Ratlosigkeit und Hoffnungslosigkeit waren Zuversicht und Selbstvertrauen getreten. Und noch wunderbarer: Der Übergang von Depression zu Wirtschaftsblüte war ohne Inflation erreicht worden, bei völlig stabilen Löhnen und Preisen. Das ist später nicht einmal Ludwig Erhard gelungen.

Man kann sich die dankbare Verblüffung, mit der die Deutschen auf dieses Wunder reagierten und die insbesondere die deutsche Arbeiterschaft nach 1933 in hellen Haufen von der SPD und KPD zu Hitler umschwenken ließ, gar nicht groß genug vorstellen. Sie beherrschte in den Jahren 1936 / 1938 die deutsche Massenstimmung absolut und verwies jeden, der Hitler immer noch ablehnte, in die Rolle eines querulantischen Nörglers. »Der Mann mag seine Fehler haben, aber er hat uns wieder Arbeit und Brot gegeben« - das war in diesen Jahren die millionenfache Stimme der ehemaligen SPD- und KPD-Wähler, die noch 1933 die große Masse der Hitlergegner gebildet hatten.

War das deutsche Wirtschaftswunder der dreißiger Jahre wirklich eine Leistung Hitlers? Man wird die Frage trotz denkbarer Einwände wohl bejahen müssen. Es ist vollkommen richtig: Hitler war wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch ein Laie; die einzelnen Einfälle, mit denen das Wirtschaftswunder in Gang gesetzt wurde, stammten größtenteils nicht von ihm, und besonders das halsbrecherische Finanzierungskunststück, von dem alles abhing, war eindeutig das Werk eines anderen Mannes: seines »Finanzzauberers« Hjalmar Schacht. Aber es war Hitler, der Schacht holte - erst an die Spitze der Reichsbank, dann auch des Wirtschaftsministeriums - und ihn machen ließ. Und es war Hitler, der all die Ankurbelungspläne, die schon vor ihm existiert hatten, aber vor ihm eben aus allen möglichen, hauptsächlich finanziellen Bedenken gestrandet waren, aus den Schubladen holen und ins Werk setzen ließ - von den Steuergutscheinen bis zu den Mefowechseln, vom Arbeitsdienst bis zu den Autobahnen. Er war kein Wirtschaftspolitiker, nein, und er hatte sich nie träumen lassen, daß er auf dem Umweg über eine Wirtschaftskrise und mit der Aufgabe, eine Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, zur Macht kommen würde. Die Aufgabe war ganz und gar nicht auf ihn zugeschnitten; in seinen Plänen und politischen Gedankengebäuden hatte das Wirtschaftliche bis 1933 kaum eine Rolle gespielt, aber er besaß genug politischen Instinkt, um zu begreifen, daß es jetzt für den Augenblick die Hauptrolle spielte, und, überraschenderweise, auch genug wirtschaftspolitischen Instinkt, um, im Gegensatz etwa zu dem unseligen Brüning, zu erfassen, daß Expansion in diesem Augenblick wichtiger war als budgetäre und monetäre Stabilität.

(Seite 34 f.)

Die Weimarer Republik war 1930 bereits am Ende, ehe Hitler im September seinen ersten großen Wahlerfolg errang. Die Regierung Brüning, im März gebildet, war bereits das erste der Präsidialkabinette, die den Übergang zu einer ganz anderen, wenn auch im einzelnen undurchdachten und undefinierten, Staats- und Verfassungsordnung bilden sollten. Anders als eine beiden Nachfolger Papen und Schleicher hielt sich Brüning noch am Rande der verfassungsmäßigen Legalität - die »Notverordnungen«, mit denen er regierte, wurden noch vom Reichstag »toleriert« -, aber eine Reichstagsmehrheit, wie sie die Verfassung voraussetzte, hatte schon Brüning nicht mehr hinter sich, und mit der Fiktion eines permanenten Notstands, der ihm erlaubte, ohne Reichstag zu regieren, hatte er die Weimarer Verfassung praktisch schon außer Kraft gesetzt. Es ist also ein Irrtum, wenn auch ein weitverbreiteter, daß erst Hitlers Ansturm die Weimarer Republik zu Fall gebracht hätte. Sie war schon im Fallen, als Hitler ernsthaft die Szene betrat, und bei den innenpolitischen Kämpfen der Jahre 1930-1934 ging es in Wirklichkeit nicht mehr um die Verteidigung der Republik, sondern nur noch um ihre Nachfolge. Die einzige Frage war, ob die bereits aufgegebene Republik durch eine konservative - in letzter Konsequenz wohl monarchische - Restauration abgelöst werden sollte oder eben durch Hitler.

Wenn man diese Ausgangslage verstehen will, muß man einen kurzen Blick auf die Geschichte der Weimarer Republik werfen - eine von Anfang an unglückliche Geschichte. Die Republik wurde bei ihrer Gründung nur von einer Dreiparteienkoalition der linken Mitte getragen - SPD, Linksliberale und Katholiken -, die schon die Reichstagsmehrheit der letzten Jahre des Kaiserreichs gebildet und im letzten Moment des Kaiserreichs, im Oktober 1918, seine Parlamentarisierung durchgesetzt (genauer: in den Schoß geworfen bekommen) hatte. Nach der Revolution vom November 1918 bildete sie die »Weimarer Koalition« der Nationalversammlung, schuf die Weimarer Verfassung, die der des parlamentarisierten Kaiserreichs im wesentlichen nachgebildet war, und machte sich ans Regieren. Aber schon nach einem Jahr, bei den ersten republikanischen Reichstagswahlen, verlor sie die parlamentarische Mehrheit und gewann sie niemals wieder.

Dazwischen hatte die programmwidrige Revolution vom November 1918 stattgefunden. Sie hatte der Weimarer Koalition keineswegs ins Konzept gepaßt und war von ihr niedergeschlagen worden. Das erzeugte eine enttäuschte und erbitterte Daueropposition von links, die den Weimarer Staat nie akzeptierte und sich nie mit ihm versöhnte. Aber die Revolution hatte immerhin den *einen,* nicht wieder rückgängig zu machenden Erfolg gehabt, die Monarchie abzuschaffen. Der Weimarer Koalition blieb danach nichts übrig, als die von der Revolution geschaffene Republik zu der ihren zu machen. Damit aber schuf sie sich eine noch viel zahlreichere und stärkere Daueropposition von rechts, die den Weimarer Staat, den »Staat der Novemberrevolution«, ebensowenig akzeptierte wie die enttäuschten linken Revolutionäre; und sie war gefährlicher als die Linksopposition, weil sie nach wie vor fast alle Staatsstellungen in Heer und Beamtenschaft besetzt hielt; der Staat von Weimar hatte von Anfang an eine ganze Armee von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst! Von 1920 an besaßen überdies die rechten und linken Gegner der Republik zusammen auch noch die Mehrheit im Reichstag, und bis 1925 schlingerte die Republik, kaum vom Stapel gelassen, bereits jahrelang wie ein Schiff in Seenot. Fast kein Jahr verging ohne einen Putsch von rechts oder links. (Der Hitlerputsch von 1923 war einer von vielen.) Niemand hätte der Republik in diesen Jahren ein langes Leben gegeben. (Seite 62 f.)

00000

Ich denke, ich habe auf genügend Quellen hingewiesen, die es rechtfertigen ein anderes Bild vom Untergang der Weimarer Republik zu zeichnen, als es bisher die Politik und die Forschung mit dem Ergebnis gezeichnet haben, dass die Entwicklung der Demokratie in der Jetztzeit erneut gefährdet ist und eine wirkliche Politik der Aussöhnung, des Friedens und des Wohlstandes in Freiheit bei uns in Deutschland. Europa und darüber hinaus verhindert wurde.

In der HAZ vom 24. Mai ist ein Bericht von Steven Geyer zu lesen, der wie folgt überschrieben ist:

> Ortszeit Ostdeutschland: Wie der Bundespräsident eine Woche lang versucht hat, meine sächsische Heimat zur verstehen, die ich auch nach 35 Jahren nicht ganz begreife.

Der Artikel mit einem großformatigen Bild geschmückt, dass einen mir sympathischen Menschen namens Frank-Walter Steinmeier darstellt. Wenn ich die Neigung hätte, mein Zuhause mit Bilder von Bundespräsidenten statt mit Familienbilder zu schmücken, so würde ich das benannte Bild von unserem jetzigen Bundespräsidenten wählen.[13] Ich habe aber den Eindruck, dass Frank-Walter Steinmeier sich nicht als Präsident aller Deutschen fühlt, dass kann ich nachempfinden, weil er ja nur von Vertretern unserer Parteiendemokratie gewählt wurde. Was mich aber in meinem sympathischen Bild von ihm stört, ist, dass ich ihn auch als Reisenden in Sachen der Schuld der Deutschen, die er wohlfeil anbietet, wahrnehme. Ich vermute bei ihm als Grund keine Böswilligkeit, so wie ich für mich beteuere, dass ich mit dieser Schilderung, ihm persönlich oder seinem Amt kein Schaden zufügen will. Aber das Bild von den Deutschen, was er und viele andere Personen mit öffentlichem Amt in der Vergangenheit gezeichnet haben und noch zeichnen, ist ja nach meiner Einschätzung die Hauptursache dafür, dass bei uns so viele Wähler nach rechts abgedriftet sind. Wenn wir diesen Trend beenden und umkehren wollen, dann müssen wir politisch ehrlicher werden. Dabei geht nicht darum, die Schuld unsichtbar zu machen, sondern besser zu erklären zu können, wann und warum eine solche Schuld, die durch Kriegshandlungen und staatlich organisierten Massenmord entsteht, möglich wird.

00000

In diesen Tagen wird in den Zeitungen und im Fernsehen viel über Förderung von Universitä-

13 Die heraus retuschierte Person, die stört, übersehe ich hier.

ten mit dem Programm Exellenzcluster berichtet [14]. Die Universität in Oldenburg zählt sich zu den Glücklichen, die auch gefördert wird. Es ist in einer Verlautbarung der Uni dazu zu lesen:

> **Exzellenzstrategie: Universität feiert sensationellen Erfolg**
>
> 22.05.2025
>
> **Überragender Erfolg für die Universität Oldenburg: Alle drei Spitzenforschungsprojekte, die sich in der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern als Exzellenzcluster beworben hatten, sind bewilligt und werden für sieben Jahre gefördert.**
>
> Bereits zum dritten Mal konnten die Hörforschenden von „Hearing4all" punkten. Die beantragte Fördersumme beträgt 53,5 Millionen Euro. Die Oldenburger*innen hatten ihren Antrag erneut gemeinsam mit Hörforscher*innen aus Hannover entwickelt. Erstmals gefördert wird der Exzellenzcluster „NaviSense" der Oldenburger Expert*innen für Tiernavigationsforschung. Sie hatten eine Förderung in Höhe von 54,7 Millionen Euro beantragt. Gemeinsam mit der Universität Bremen war die Universität Oldenburg außerdem in der Meeresforschung mit dem Exzellenzcluster „Ocean Floor" erfolgreich. Die beantragte Fördersumme beläuft sich auf 54,2 Millionen Euro.
>
> „Es erfüllt uns als junge Universität mit besonderem Stolz, dass alle beantragten Exzellenzcluster die internationalen Gutachterinnen und Gutachter überzeugen konnten. Das belegt einmal mehr, dass an der Universität Oldenburg Spitzenforschung auf höchstem Niveau stattfindet", sagte Universitätspräsident Prof. Dr. Ralph Bruder. „Unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erbringen herausragende Forschungsleistungen und werden ihre Arbeit in gesellschaftlich höchst relevanten Forschungsfeldern nun unter exzellenten Bedingungen fortsetzen."
>
> Das heutige erfolgreiche Abschneiden in der Förderlinie Exzellenzcluster stellt zugleich die Weichen für eine mögliche Förderung als Exzellenzuniversität ab 2027. Die Universitäten Oldenburg und Bremen haben sich entschlossen, sich als Verbundpartner gemeinsam um diese Förderung zu bewerben. …

Die Arbeit der Hörforscher*innen weiß ich, der mit Hörgeräten seine Schwerhörigkeit zum Teil ausgleichen kann, zu würdigen. Aber im Hinblick darauf das Carl von Ossietzky, ein Opfer des Nationalsozialismus wurde und der Namensgeber dieser Universität ist, sollte die Geschichte des vorigen Jahrhunderts von Deutschland – besonders in ihrer ökonomischen Dimension – als inhaltlicher Gegenstand der gemeinsam Bewerbung – mit der Universität Bremen um das Programm *Förderung als Exzellenzuniversität ab 2027* aufgegriffen werden.

Ich benenne dafür gute Gründe. 1. Wir schaffen es als Gesellschaft nicht, mit unserem Schiff „*Deutsche Gesellschaft"* wieder in ein gutes Fahrwasser zu kommen, ohne zu klären, wo die geschichtlichen und theoretischen Riffs und Untiefen vor uns liegen. 2. Die Uni Oldenburg

14 „Ein Exzellenzcluster ist ein thematisch fokussierter Forschungsverbund an einer Hochschule, der sich mit einem bestimmten, meist komplexen Themenbereich befasst und durch Bund und Länder gefördert wird. Im Wesentlichen bündeln Exzellenzcluster die Expertise verschiedener Fachrichtungen und Forschungszentren, um gemeinsam an hochaktuellen Fragen zu arbeiten „

beherbergt das *Archiv für Geld und Bodenreform,* das von Werner Onken aufgebaut wurde. Onken[15] hat an dieser Universität Ökonomie studiert, ist Herausgeber der Gesammelten Werke von Gesell und Autor vieler Schriften ist und hat ein dreibändiges Werk über die theoretische Entwicklung der Ökonomie vorgelegt. Er hat auch aus Anlass der Eingliederung dieses Archivs in das der Uni Oldenburg im Jahr 2006 die Schrift „Carl von Ossietzky und Silvio Gesell / Eine Begegnung zweier Gedankenwelten“ veröffentlicht. Die beiden folgenden Bild-Einfügungen sind aus dieser Schrift.

Carl von Ossietzky (1889 – 1938):

„Es ist unsere höchste Pflicht, uns mit aller Kraft für die Durchdringung Deutschlands mit pazifistischem und demokratischem Geist einzusetzen. ... Deutschlands Anschluss an die demokratische Welt kann nur erfolgen im Zeichen des Pazifismus.“ [1]

Silvio Gesell (1862 – 1930):

„Die Ursache des in allen Kulturstaaten herrschenden bürgerlichen Kriegszustands ist wirtschaftlicher Natur. ... Wer den Völkerfrieden will, muss wissen, dass er ihn nur vom Altar des Bürgerfriedens holen kann. Der Bürgerfriede ist die Keimzelle des Völkerfriedens.“ [6]

00000

Mit Oldenburg verbinden mich u.a. folgende Erinnerungen: Es war wohl 1943 oder 1944, da bin ich von Barßel[16] aus in Odenburg in ein Krankenhaus gelandet. Als es mir wieder besser ging – so kann ich mich erinnern – bin einem langen Flur entlang marschiert und habe *Die Fahne hoch...* gesungen. Ich wusste damals noch nicht, dass ich meiner Mutter im Januar

15 Onken und andere Mitwirker an der Vereinigung „Initiative Natürliche Wirtschaftsordnung“ haben keine Ahnung davon, dass ich an diesem Schreiben arbeite.

16 Damals war Oldenburg noch ein selbständiges Land. Also lautet mein Geburtsort Barßel i.O. Mein Vater wurde durch die ~~Einverleibung~~ / Eingliederung des Memellandes in den litauischen Staat auf die Wanderschaft in den Westen getrieben, wurde 1929 mangels Arbeit in Hamburg arbeitslos und landete mit sein Eigentum, welches in einen Reisekoffer passte, in Barßel und machte sich als Herren- und Damenfriseur selbständig und kämpfte einen Kampf mit der Bürokratie aus, damit er auch als Fotograf arbeiten konnte.

1934 eine schwere Geburt beschert habe. Mutter und Kind waren wohl in einem desolaten Zustand, was die Familie veranlasste, uns an verschiedenen Orten für die Öffentlichkeit unsichtbar zu machen, weil man befürchtete, von jenen der Nationalsozialisten in den Blickpunkt zu geraten, die von den Vorstellungen von der Euthanasie überzeugt waren.[17] Ich landete in einem Wäschekorb bei Verwandten in Delmenhorst.

000

Die zweite Erinnerung führt mich zurück auf ein Schiff, das vor der Schleuse zum Hunte-Ems-Kanal (Küstenkanal) lag. Es war wohl 1940, ich durfte mit einem Onkel auf seinem Schiff – eine Tochter (eine der vielen Kusinen von mir) war der „zweite Mann“ an Bord – mitfahren, um von der Weser Kies zu holen, der für eine Baustelle am Elisabethfehnkanal verwendet werden sollte. Es gab einen Flieger-Alarm, es fielen Bomben. Ich habe vor Angst in die Hose gemacht. Das Schiff wurde später durch Bomben im Hafen von Bremen versenkt. Eine fallende Brandmauer löschte so sein Leben aus er war nicht das einzige Opfer der Familie im Krieg.

000

Die dritte der Erinnerungen, die ich erzählen will, ist aus dem Jahr 1948. Ich wurde wider eigenen Willen Fotografenlehrling bei meinem Vater, der 1939 schon vor dem offiziellen Kriegsbeginn zum Militär eingezogen wurde und dort in seinem 34. Lebensjahr einen Schlaganfall erlitt, dessen Folgen ihn bei den damaligen schwierigen Verhältnissen ein Leben lang begleiteten. Ich musste zur Berufsschule nach Oldenburg. Mir war die Stadt fremd und auch das, was mich schulisch erwartete. Meine Schritte auf dem Weg vom Bahnhof zur Schule wurden immer langsamer, sodass ich zu spät zum ersten Unterricht erschien. Der Berufsschullehrer, der ein im Krieg verkrüppelter Malermeister war, gab mir zur Aufgabe, meinen Lebenslauf zu schreiben. Mir war das höchst peinlich, denn unter den Augen so vieler Menschen zu schreiben und dann auch nicht zu wissen, was ich schreiben sollte, damit fühlte ich mich überfordert. Und dann zu den Mitschülern: Die geringste schulische Voraussetzung war bei den Mitschülern (mit mir und der Tochter eines anderen Fotografen als Ausnahme) die mittlere Reife. Diese zu erreichen hatten bei mir die feindlichen Tiefflieger, die die Züge auf den Weg zum Schulort beschossen, verhindert. Mitschüler mit Abitur und Kampferfahrungen an der Front waren unter den Mitschülern keine Ausnahme. Ich habe später – als ich aus dieser

17 Über die schwere Geburt und meine kurzfristige Auslagerung nach Delmenhorst wurde in großen Zeitabständen gesprochen, aber nicht über die Umstände. Die waren ein Tabuthema. Ich habe darüber von einer 10 Jahre älteren Kusine erfahren, im Krieg bombengeschädigte Kinder als Krankenschwester betreute und nach dem Krieg ehemalige KZ-Häftlinge pflegte und sich dabei eine TBC holte, die sie mit einer halben Lunge überlebte. Penicillin, das die Familie des Bruders meines Großvaters mütterlicherseits schickte, war die Rettung.

Lehre aussteigen wollte, dem Berufsschullehrer die Fahrkarte für den Zug zu meinem Wohnort und zurück bezahlt, damit er meinen Vater klarmachte, dass es besser wäre, mich zur See fahren zu lassen. Mein Vater argumentierte damals berechtigt damit, dass die Kapitäne froh wären, wenn sie einen Milchwagen – der die Milchkannen für die Molkerei bei den Landwirten einsammelte – fahren dürften. Bremen und Bremerhaven waren 1950 noch aufgeräumte Trümmerstädte.

000

Die letzte Erinnerung, von der ich erzählen will, hängt vermutlich mit dem Flugplatz in Oldenburg zusammen, der neuerdings mit einem Umweltskandal verbunden ist. 1957 habe ich in dem Internationalen Freundschaftsheim in Bückeburg von einem dänischen Volkshochschullehrer erfahren, dass es in Deutschland auch Heimvolkshochschule wie in Dänemark, dem „Geburtsland“ solcher Institutionen, gibt. Nach Zwischenstationen landete ich am Fließband bei Nordmende in Bremen, um Teile in Fernsehgeräte einzubauen und um mir das Geld für den Besuch einer solchen Schule zu erarbeiten. Weil ich mir den Winterkurs in der Bäuerlichen Volkshochschule in Rastede 1968 / 69 ausgesucht hatte, glaubte ich, dass es ratsam sei, vorher auch noch Arbeitserfahrungen auf einen Hof zu sammeln. Ich landete auf einen großen Hof am Jadebusen. Eines Tages bekam ich den Auftrag zwei Hänger mit Heu mit einem Trecker von einem Flugplatz in Oldenburg zu holen. Ich hatte keine Erfahrungen mit einem Trecker zu fahren. Hinzu kam, dass die Trecker damals noch nicht mit einem synchronisierten Getriebe ausgestattet waren und mit Zwischengas geschaltet werden mussten. Ein Widerspruch mit Hinweis auf die mangelnde Erfahrung wurde zurückgewiesen.

Warum erzähle ich das? Einfach darum, weil die Erfahrungen der früheren Generationen mit dem Krieg, mit den Lebens- und den Arbeitsbedingen der Nachskriegszeit, die sie machen mussten, von den späteren Generationen aus schriftlichen Zeugnissen heraus gelesen werden können. Aber ohne konkreten eigenen Erfahrungen in der zurückliegenden Zeit kommt es da leicht zu Fehldeutungen. Und die Fehldeutungen des Handelns der Kriegsgenartionen wurde als Bausteine der Schuldkultur benutzt. Und auf die Frage der Betroffenen, wo ihr eigenes erfahrenes Leid denn verhandelt würde, gab es zu häufig die Antwort: „Gar nicht, sie hätten Hitler doch zugelassen.“ Die so sprachen, waren vorwiegend jene, die auf den neuen Stühlen der Macht saßen. Die Rechtstendenzen in unsere Gesellschaft wurden so regelrecht gezüchtet. Solche Fehldeutungen – die es neben den geschichtlichen Gewissheiten zu Mord und Kriegsverbrechen der Deutschen im Zweiten Weltkrieg auch gab und gibt – wurden, um sie als poli-

tische Waffen benutzen zu können, zu Wahrheiten umgemünzt. Die Deutschen, die in der Hitlerzeit und in der Nachkriegszeit geboren wurden, fühlten sich daher als Verbrecher, wenn sie mal über die Grenzen ins Ausland fahren konnten. Auf diesen Hintergrund sollte nach den Aufstieg der AfD gesucht werden. Keine Gesellschaft verträgt es auf Dauer, dass sie von ihrer Führung als Mörderbande hingestellt wird. Na klar, es gibt keine Kollektivschuld, so wird es ihnen gesagt, aber zahlen, mit dem was vom Arbeitsertrag übrig bleibt, dürft ihr und auch büßen mit einem schlechten Gewissen, wenn ihr morgens aus dem Bett aufsteht und dann nochmals abends vor dem Einschlafen. Den aufrechten Gang steht Euch nicht zu, das Recht dazu haben Euro Großeltern und Urgroßeltern verspielt.

Die ganze „Erinnerungskultur", die praktiziert wird, treibt die Menschen in den ungerechtfertigten Antisemitismus. Die heutige Auferstehung des Militärischen, so wie sie Nazis auch betrieben haben, macht das Geschehen noch schlimmer. Die Werbung für das militärische Personal ist heute genauso verlogen wie zur Nazizeit. Die alleinige Schuld von kriegerischem Geschen beim „Feind" zu verorten, ist nach wie vor üblich, aber nicht war. Die Wissenschaft wird hofiert, wenn sie Taugliches für den Krieg zutage fördert. Für die Arbeitsbeschaffung wird der Krieg auch als nützlich eingestuft. Für die Prothesen-Hersteller bringt er eine Hochkonjunktur und erfreut sind dann die Aktieninhaber von Rüstungsunternehmer. Um diese „positiven Effekte, nicht zu gefährden weigert sich die Politik schon seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, Forschungsmittel für die Entwicklung nichtmilitärischer Verteidigung zur Verfügung zu stellen. Und wenn man die Toten in den außereuropäischen Ländern zählt, die aufgrund der verweigerten Hilfe zur Selbsthilfe[18] durch die „weißen Männer" durch Hunger oder Bürgerkriege aus dem Leben vorzeitig ausscheiden mussten, dann stellt die Zahl der Toten in diesen Gebieten die Zahl der Toten durch den Holocaust in der Schatten. Das darf man doch nicht sagen, denn die HOLOCAUST-Toten sind besondere Tote, denn sie schaffen den Erben Privilegien. Mit so einem Satz schafft der Schreiber dieser Zeilen nur das „Verdienst" ein Antisemit genannt zu werden. Dabei soll doch nur gesagt werden, dass wir aufhören sollen mit der Schuld der Deutschen vergangener Generationen, den heutigen und künftigen Generationen eine neue Schuld aufzuladen.

18 Hier ist nicht nur an Geld zu denken, sondern auch an Vorbildfunktionen, wenn Deutschland gezeigt hätte, wie durch eine Bodenrechtsreform in den eigenen Reihen der Frieden und die Zufriedenheit gefördert werden kann, dann wären bestimmt auch afrikanische Länder und solche im Nahen Osten gefolgt. Die gleiche Wirkung kann von der Lösung der Währungsprobleme ausgehen. Statt Waffen zu liefern, würden besser der Export von Ausbildungsstätten für Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Heilberufe dem Druck von Europas Grenzen nehmen.

In allen Fällen ist ein irriges Denken und eine unterentwickelte Nächstenliebe, zu auch die Feindesliebe gehört die Ursache.

Wenn die Erinnerungskultur in der Form: „Wir sind die Schuldigen!“ nichts bringt, nicht einmal etwas bringen kann, weil die Gefahr von Gefühlslagen ausgeht, die der einzelne Mensch nicht oder nur schwer steuern kann, besonders dann nicht, wenn sie negativ ist und zu einer Massenerscheinung wird, dann wird es Zeit mit oder ohne Wissenschaft ein anderes Schutzprogramm zu entwickeln. Man muss dann so viele kleine und große humanitäre Katastrophen auf ihre Entstehungsbedingungen untersuchen, um daraus ein Maß zu entwickeln, mit der man negative Entwicklungen in den Gesellschaften messen kann, ehe sie zur Katastrophe führen und aus der dann Gegenmaßnahmen abgeleitet werden können. Bei Maßnahmen, die Minderheiten von Menschen schützen oder gar retten sollen, darf nicht vergessen werden, dass der Mensch, unabhängig von seiner nationalen Zugehörigkeit, nur in einzelnen Fällen dazu bereit sein Leben zu riskieren. Das typische Verhalten eines Menschen scheint mir zu sein, sich und die Seinen zu schützen, zum Beispiel, dass man sich durch Wohlverhalten unsichtbar macht oder selbst Mitglieder der bedrohlichen Gemeinschaft der Täter wird. Auch der auf den Schutz von anderen Menschen trainierte Bürger darf mit seinem üblichen Kleinmut nicht überfordert werden. Im Falle, dass die Gefahr durch Hilfeleistung zu groß wird, wird der Helfende sein eigenes Leben höher einschätzen, als das von gefährdeten Menschen. Nur in Ausnahmefällen riskiert oder opfert ein Mensch sein Leben für das Leben der anderen.

00000

Die HAZ vom 26. 05. 2025 vermeldet:

> **„Es geht nicht mehr um Work-Life-Balance“** [19]
> Der CDU-Politiker Carsten Linnemann appolliert an die Bürger, sich für Deutschland einzusetzen. Der hohe Zuspruch für die AfD im Osten sei ein Vorbote für den Westen.

Ich schätze, Linnemann meint mit „Deutschland“ die CDU. Er übersieht, dass die Politik des deutschen Westens erst die eigenen Bürger als Unmündige behandelt hat und danach die Bürger der DDR als sie mit der BRD vereinigt wurden. Dass jetzt wieder eine Politiker-Kaste herrscht, die glaubt, bestimmen zu können, was die ehemaligen DDR-Bürger zu denken haben, treibt diese Ex-DDRler natürlich in die Opposition. Ihr Status hätte sich doch nicht geän-

19 „ausgewogenes Verhältnis zwischen beruflichen Anforderungen und privaten Bedürfnissen einer Person“

dert, wenn sie eine der „guten“ Parteien gewählt hätten. Und wahrscheinlich ist es auch so, dass das Fremdeln durch die Verfremdung der deutschen Sprache durch das eingefügte Englische kommt. Ich weiß es nicht, aber ich kann mir vorstellen, dass es den „Ossis“ vorher so mit dem Russischen gegangen ist, aber daran hatte sie sich gewöhnt.

Eben falls in der HAZ vom 26. 05.2025 ist von Marco Seng zu lesen:

> **Ministerpräsident Lies ist jetzt auch SPD-Landeschef – zum zweiten Mal** 96,4 Prozent der Delegierten stimmen beim Landesparteitag in Wolfenbüttel für den einzigen Kandidaten Wolfenbüttel. Der neue Ministerpräsident Olaf Lies ist jetzt auch SPD-Landeschef in Niedersachsen. Beim Landesparteitag in Wolfenbüttel wurde der 58-Jährige am Samstag mit 96,4 Prozent der Delegiertenstimmen zum Nachfolger von Stephan Weil gewählt.
> Lies ist seit Dienstag Ministerpräsident. Er war schon von 2010 bis 2012 Landesvorsitzender. Ex-Regierungschef Weil hatte angekündigt, nicht mehr zu kandidieren. Lies will Energiekosten senken. Im Mittelpunkt des Parteitages standen neben der Neuwahl des Landesvorstandes der Gastauftritt von Vizekanzler Lars Klingbeil und die Verabschiedung von Weil. Generalsekretärin der Partei bleibt Dörte Liebetruth.
> …
>
> **Antrag zu AfD-Verbot**
> „Eine Partei, die nicht auf dem demokratischen Boden unserer Gesellschaft steht, muss verboten werden“, sagte Lies. Aber ein Verbot werde nicht alle Probleme beseitigen. Wenn der Verfassungsschutz die AfD als gesichert rechtsextremistisch einstufe, „dann müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, um unsere Verfassung zu schützen“, sagte Klingbeil. …

Nach den von den Medien verbreiteten Bildern machen die CDU und SPD (trotz nicht erreichter Wahlziele) einen frischen Eindruck. Das sei ihnen auch gegönnt, denn eine positive Politikentwicklung kann man nicht erwarten, wenn die Akteure mit grimmigen Mienen und als Miesepeter herumlaufen. Aber ihr Verhältnis zur AfD ist weder klug noch ehrlich. Sie verhalten sich so wie zwei Supermarktbetreiber, die mit ihrem Angebot ihre ehemaligen Kunden nicht mehr zufriedenstellend erreichen. Ihr Versuch den neuen Marktbetreiber, der für einen Zulauf ihrer ehemaligen Kunden sorgt, durch Manipulation der Kartellgesetze auszubremsen, zeugt nicht von kaufmännischer oder politischer Klugheit. Dabei scheint mir gar nicht sicher, dass die AfD-Wähler das Gleiche wollen, wie die AfD-Mitglieder. Nach meinem Eindruck wollen die AfD-Wähler vorwiegend nur zeigen, dass sie der Regierungskunst von CDU, SPD und der zum Anhang der Zeitgeschichte verkommenden GRÜNEN überdrüssig sind. Dieser Überdruss lässt sich nicht durch das Läuten der politischen Alarmglocken vertreiben, sondern nur durch einen Neustart unserer Republik. Das Wohl und Wehe der Parteidemokraten und der Gesamtheit der Demokraten hängt wesentlich davon ab, ob ihre Parteien mitziehen, sich wirklich als Freunde der Demokratie und Freiheit verstehen oder sich querstellen.

00000

Auf die besonderen Schwierigkeiten, die die CDU/CSU und die SPD haben, wies der Philosoph Karl Jaspers schon in seiner Rede aus Anlass der Preisverleihung des Deutschen Buchhandels, 1958, hin. Es war die Dankesrede von Jaspers zu dem Thema Wahrheit, Freiheit und Friede. Hannah Arendt hielt die Laudatio. Es folgen wenige Auszüge:

> 3. Freiheit allein durch Wahrheit.
> Freiheit aber ist nicht aus dem Nichts. Sie ist nicht Willkür, nicht beliebiges Meinen. Erst in der Hingabe an Wahrheit ist erfüllte Freiheit möglich. Kein Friede ohne Freiheit, aber keine Freiheit ohne Wahrheit. Hier liegt der entscheidende Punkt. Freiheit ist leer, wenn nicht die Wahrheit gemeint ist, der sie entspringt und der sie dient. …
>
> 5. Unsere zwei großen Parteien in der Bundesrepublik haben beide einen politisch unwahrhaftigen Grund. Die eine gründet sich auf den von ihr faktisch preisgegebenen Marxismus und gerät dadurch in die Konfusion ihres Denkens. Die andere Partei nennt sich christlich, während sich doch eine politische Partei auf den biblischen Glauben nicht redlich gründen läßt; das bringt in diese Partei etwas existentiell Verwirrtes.
>
> Mit der politischen Selbsterziehung würden die großen Parteien aufhören, Weltanschauungsparteien zu sein. Sie würden auf dem gemeinsamen Boden des Staats republikanischer Regierungsart stehen und das politische Gewissen für die gemeinsamen Bedingungen der Freiheit haben. Der Kampf würde durch politische Argumente stattfinden und durch die Glaubwürdigkeit der politischen Persönlichkeiten. So würde das Volk nicht mehr düpiert. Aufhören würde das Ungenügen an den Parteien, die durch eine winzige Schicht von Parteipolitikern die Regierung des Landes fast wie ein Fremdkörper an sich genommen haben. Bei den Wahlen verschwände das Gefühl des Zwangs, zwischen zwei Übeln unwillig wählen zu müssen. Die Oppositionspartei würde ein mitwirkender Faktor eigener Verantwortung. Von beiden Seiten würden die politischen Probleme aus der Sache entwickelt, nicht wahltaktisch konstruiert. …
>
> … Die Neugründung unseres uralten deutschen Selbstbewußtseins liegt in der Gemeinschaft vorpolitischer Substanz, in der Sprache, im Geist, in der Heimat. Aus dieser Substanz entspringt die je besondere staatliche Aufgabe, heute auch in der Bundesrepublik. …
>
> … Die Staaten sind territorial gebunden, die Völker nicht. Überall wird es Engländer, Chinesen, Deutsche, Juden usw. geben. Und im Laufe von Generationen können selbst Völker durch einzelne ihrer Glieder sich ineinander verwandeln. Das bisherige Ausbleiben eines verbindenden apolitischen Selbstbewußtseins und daneben als etwas anderes eines politischen Staatsbewußtseins ist unser deutscher Schmerz. …
>
> Aus: https://www.friedenspreis-des-deutschen-buchhandels.de/sixcms/media.php/1290/1958_jaspers.pdf
>
> https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Jaspers

00000

Mir ist bei dem Rückgriff auf einen Zeugen aus den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eingefallen, der in der FDP und im Regierungssystem tätig war, aber immer seine Unabhängigkeit bewahrte. Es ist Ralf Dahrendorf. [20]

> PlÄDOYER
> für die DISKUSSION der theoretischen GRUNDLAGEN
> der WIRTSCHAFTSPOLITIK in der BRD
> im allgemeinen und in der FDP im besonderen
>
> In der Begründung zu meinem schriftlichen Antrag vom 16.01.1978, den die Teilnehmer der Sitzung vom 21.01.1978 (es war mein 44. Geburtstag) in schriftlicher Form erhalten haben, habe ich Ralf Dahrendorf zitiert, der in „Die Zeit“ Nr. 35/77 unter anderem schrieb: „Der sozialliberale Konsens bröckelt an seinen Rändern, ist indes keineswegs passée: Das biedere Dreigestirn Schmidt - Genscher - Kohl könnte in einer Regierung sitzen, jedenfalls was politische Programme betrifft. Die neuen Herausforderungen kommen von den Rändern dieser Position. Das ist das hervorstehende Merkmal der neuen politischen Szene: Nicht nur die Idee der Modernität, sondern eine ganze politische Ideenwelt ist erschöpft - sozialliberal, sozialdemokratisch, soziale Marktwirtschaft.“ ...
>
> „Die neuen Kräfte an den Rändern sind vergleichsweise schwach an politischer Unterstützung; sie sind zugleich stark an Ideen in einer ansonsten erschöpften Welt. Sie und die Reaktion auf sie bestimmen die politische Zukunft.“
>
> „Um die politische Phantasie anzuregen, können wir uns unter den geschilderten Umständen schwerlich auf die politischen Parteien verlassen. Was wir brauchen, ist eine öffentliche Diskussion politischer Möglichkeiten.“ .
>
> Ich teile Dahrendorfs Beurteilung der politischen Szene und fühle mich diesen Kräften an den Rändern zugehörig.
>
> Hier zitiert aus: https://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.2%20Plaedoyer%201978.pdf

00000

Das Verharren der Politik im Untauglichen ist nicht nur in Deutschland zu beobachten. Die Hoffnung von Dahrendorfs, dass in den Rändern unserer Gesellschaft neues, besseres entsteht, haben sich aber nicht erfüllt. Das liegt meines Erachtens daran, das die erforderliche Standortbestimmung in der Ausgangslage und die daraus abgeleitete Zielsetzung nicht richtig gelungen ist. Ende der siebziger Jahre gab es ja durchaus ein Suchen nach Alternativen, aus der sich auch Gruppen bildeten. Diese waren aber vorwiegend marxistisch belastet, weil die Hochschulen Anfang der sechziger Jahre den rebellierenden und suchenden jungen Menschen

20 https://de.wikipedia.org/wiki/Ralf_Dahrendorf
Bei der Suche nach einem Link zu Dahrendorfs Lebensgeschichte, bin ich auf einen Ausschnitt eines Buches zur Geschichte der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg gestoßen.
„Ralf Dahrendorf Akademie für Wirtschaft und Politik . Gemeinwirtschaft“ Der Text berührt mich, weil ein winzig kleiner Teil dieser Geschichte auch zu meiner Geschichte gehört.

keine freiheitlichen Lösungen für gesellschaftlichen Probleme, die sich zwischenzeitlich eingestellten hatten, anboten wurde oder dass die Menschen, die zu den von Dahrendorf bezeichneten Rändern gehörten, einfach keine Übung im selbständigen Denken und Handeln hatten. Außerdem gab es ja keine von den alltäglichen Problemen losgelösten Freiräume. Ich habe jetzt nicht nach einer Geschichte der Alternativbewegung gesucht. Aber nach meinem durch Erleben geformten Eindruck ist, das sich ein Teil der Alternativler aufgrund des Misserfolges dem Feld des gängigen, für die Zukunft untauglichen wieder anpasste, ein Teil sich wie geschlagene Hunde in ihr ungeliebtes Netz zurückbegaben und Teil, der von einem Subventionsnetz aufgefangen wurde. Die letzteren schlagen sich vermutlich bis heute mit den Förderungsbedingen herum. Aber trotzdem war dieser Ausflug in die vorgestellte Zukunft nicht ganz vergeblich. Ein Beispiel: Wer weiß heute noch bei der Betrachtung der vorhandenen Windkraft-Gewinnungs-Anlagen, dass die erste Anlage in diesem Format von Schülern und Lehrer in den Tvindschulen in Dänemark gebaut wurde? Alles Große hat seinen Anfang im Kleinen. Aber die Anpassungsarbeit in einer Gesellschaft an neue Gegebenheiten und neue Vorstellungen davon, was ein gutes Leben ist, dauert ewig. Die jeweils geforderten Generationen haben aber einen Einfluss darauf, ob ihr Lachen oder ihr Weinen den Prozess der Veränderungen dominant begleitet.

00000

Etwa Mitte Mai drücke mir eine meiner drei Töchter zwei Doppelseiten aus einer Stadtteil-Zeitung in die Hand. Auf zwei Seiten stand ein positiver Bericht über die Arbeit einer meiner Enkelkinder. Welcher Großvater, der bald zum vierten Mal Urgroßvater wird, würde sich über einen solchen Text nicht freuen? Über diesen Bericht hätte ich keine Zeile geschrieben, wenn er mir nicht den nachfolgenden Beitrag zur Kenntnis gebracht hätte.

Gründerzeit heute

Potential braucht Boden

von Mario Wirtz

Deutschland ist ein Land, in dem deutlich weniger Menschen den Schritt in die Selbständigkeit wagen als in vergleichbaren Industrienationen. Das liegt zum Einen an einem immer noch gut funktionierenden Arbeitsmarkt und zum Anderen an der Angst der Menschen vor dem Scheitern ihres Vorhabens. Es scheint, als würden die meisten die Risiken scheuen, statt die Chancen, die damit einhergehen, zu erkennen.

Die Bedeutung unternehmerischer Kreativität

Dabei verpassen die Menschen die Möglichkeit schöpferisch tätig zu werden und der Schmied ihres eigenen Glückes zu sein. Denn die Lebensqualität in einer Stadt hängt entscheidend von den sich dort ansiedelnden Unternehmen ab. Demnach haben unternehmerische Persönlichkeiten und deren innovative Ideen einen maßgeblichen Einfluss auf die Einwohner:innen in einer Stadt, was ein Blick auf die Industriehistorie des Kölner Stadtteils Mülheim verdeutlicht.

Der Wandel von Mülheim und seine Lektionen
Dieser verwandelte sich im l9ten Jahrhundert innerhalb kürzester Zeit vom kleinen bergischen Dorf in eine preußische Industriestadt, wodurch sich der Bevölkerungsanteil in weniger als einem Jahrhundert verzehnfachte. Das brachte sowohl zahlreiche Arbeitsplätze als auch monetären Wohlstand nach Köln Mülheim.

Megatrends und die Notwendigkeit neuer Denkansätze
Auch wenn die Voraussetzungen im Jahr 2024 deutlich andere sind als in der Vergangenheit, so bleibt der zeitlose Anspruch auf herausfordernde Fragestellungen unternehmerisch passende Antworten zu finden, um dadurch eine nachhaltige städtische Entwicklung zu fördern. Schließlich befinden wir uns in Zeiten einer großen globalen Transformation. Es werden komplexe Veränderungsdynamiken angestoßen, die im Laufe der Zeit bestimmte Megatrends hervorbringen, welche die Evolution gesamter Wirtschaftsbereiche beeinflussen. Themen wie Wohnen, Essen oder Mobilität müssen völlig neu gedacht werden.

In Folge dessen braucht es Entrepreneurs, die mit dem Zeitgeist gehen, das Unternehmertum revolutionieren und die frische Version vom idealen Leben im Jetzt kreieren. Ziele wie Gewinnmaximierung oder grenzenloses Wachstum nach alter betriebswirtschaftlicher Denkweise müssen dafür in den Hintergrund rücken. Wahres Glück lässt sich nachgewiesener Maßen nämlich nicht an Kennzahlen wie dem Bruttoinlandsprodukt ablesen oder dauerhaft durch monetäre Zuwendungen aufrecht erhalten.

Der Human-Centricity-Ansatz
Wie der Human-Centricity-Ansatz zeigt, geht es vielmehr darum, den Menschen und die Natur wieder in Einklang zu bringen und eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft zu fördern. Fragen nach der eigenen Berufung, der Sinnhaftigkeit der Arbeit oder den Mehrwehrt für andere rücken dabei in den Mittelpunkt. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von Eco- oder Social Entrepreneurship. Gerade der bunte Stadtteil Mülheim mit seinem künstlerischen, sozialen Anspruch steht hier besonders in der Verantwortung, Nachhaltiges zu initiieren und Vorbild für andere zu sein. … [21]

Da der Begriff ***Boden*** in der Gesamtüberschrift so hervorsticht, habe ich mich zuerst gefragt, ob Mario Wirtz ein Beitrag über die Bodenproblematik liefert. Es stellte sich aber heraus, dass

21 Da den Scann mit am Ende mit drei Punkte versehen habe, habe ich auf den weiteren Verlauf des Artikels von Mario Wirtz nicht ganz übernommen. Da ich den Artikel zwischenzeitlich zurückgegeben habe, kann ich das nicht kontrollieren. Der Teil, der hier lesbar ist, deckt das aber ab, was ich kommentieren will.

er die Bodenbeschaffung für Unternehmensgründungen dadurch thematisiert, indem er auf Industriebrachen in Mühlheim (Stadtteil von Köln) hinweist. Das ist für sich genommen schon ein wichtiger Beitrag. Aber die Scheu der Bundesbürger vor einer selbständigen Existenz zu benennen ist genauso wichtig, weil eine Gesellschaft, in der sich nur noch die Konsum- und Narrenfreiheit äußern kann und vermutlich 99,5 % der Mitglieder ihr Brot in Arbeitsverhältnissen verdienen, die weisungsgebunden sind, ist weder frei noch marktwirtschaftlich geprägt. Wenn aber in der ganzen Gesellschaft Bürger – einzeln oder in Gruppen – keine beruflichen freie Existenzen als Vorbild mehr erleben können, dann fehlen diese auch als anregende Vorbilder. Aber noch glaubt die Mehrheit der Politiker und ihre Wähler anscheinend noch, das die Geburt von glücklichen Sklaven mit dem Status der Feinde der Freiheit [22] im Sozialdemokratismus[23] die höchstmögliche erreichbare Entwicklung unserer Gesellschaft ist. Aber die Wahlergebnisse zeigen an, dass dieser Glaube bröckelt. Gegen die Übernahme der Rolle der Unternehmerin oder des Unternehmers – die nicht auf den Handel, das Handwerk, der Landwirtschaft und die medizinischen Heilberufe begrenzt ist, sondern auch den ganzen Komplex der Bildung umfasst – spricht heute noch, das was seit einiger Zeit unter den Begriff Bürokratismus verhandelt wird, die anti-marktwirtschaftliche Vermögensverteilung, die (fast bösartig) nicht aufgelösten Konjunkturunsicherheiten und die oft unnötigen schweren Zugänge zu Märkten aufgrund fehlender staatlicher Qualifikationsnachweise. Es ist also nicht nur die Feigheit vor einer selbständigen Existenz, die nachwachsende Bürgerinnen und Bürger von einer freien Berufsexistenz abhalten, sondern auch ein rationales Denken – besonders dann, wenn die Eltern der möglichen Kandidaten sich mit Mühe und Opfern, in einer freien Existenz über Wasser gehalten haben.

Weil der Autor Mario Wirtz den Begriff ***Boden*** so einen sichtbaren Platz eingeräumt hat, will ich hier noch ein paar Hinweise geben, die interessierte Leserinnen und Leser veranlassen könnten, dieser Spur des Erkennens zu folgen, die ich hier sichtbar mache.
Einmal ist es so, dass der Boden (in allen Erscheinungsformen) die Existenzgrundlage aller Menschen ist, daneben auch der Tiere und Pflanzen ist. Aber das geltende Bodenrecht (in unterschiedlicher Ausprägung) ist auf unserer Erde das Recht, dass am meisten die allgemeinen

22 https://www.buboquote.com/de/zitat/4866-ebner-eschenbach-die-glucklichen-sklaven-sind-die-erbittertsten-feinde-der-freiheit

23 Die Sozialdemokratie als Sozialdemokratismus zu bezeichnen ist kein Versuch der Herabsetzung der SPD, sondern soll darauf hinweisen, dass das Modell *Sozialdemokratie* insofen erfolgreich ist, dass es mehr oder weniger die Programme aller Parteien bestimmt. Wenn die Wähler der AfD tatsächlich von einem völkischen Denken geprägt sind, was ich bezweifele, dann ist vielleicht der Versuch, sich vom Sozialdemokratismus zu lösen.

Menschenrechte torpedieren, weil das Eigentumsrecht auf das Gut, dass sich der Mensch geschaffen hat, auf das auf den Boden – der naturgegeben ist – ausgedehnt wurde. In den Wissenschaften vom Recht und der Ökonomie wurde der Boden zum allgemeinen Handelsgut herabgestuft. Die wesentliche Ursache für Mietsteigerungen, die im Bodeneigentum liegen und durch die Einwanderung verschärft werden, werden nicht beachtet. Ob das Thema Bodenrecht wieder in den Vorlesungsverzeichnissen der Gesellschaftswissenschaften eingezogen ist, habe ich schon länger nicht überprüft. Das Bodenrecht ist jetzt schon seit Jahrhunderten die Hauptursache für Kriege. Wenn der Klimawandel so eintritt, wie er vorhergesagt oder befürchtet wird, ohne dass das Bodenrecht an die neue Lage angepasst wird, dann wird daraus ein noch größerer „Sprengstoff" als es jetzt schon ist. Die Kriege, die heute noch gibt, weil die Ursachen nicht ausgeräumt wurden, werden sich vermehren, weil die Gesellschaften mit dem Ruf „Volk ohne Raum" verstärkt auf Landraub gehen.

Als die freiwirtschaftlichen Gründer der Grünen Liste Umweltschutz (GLU Niedersachsen / die Gründungsbasis der GRÜNEN) das Thema Bodenrecht einbrachten und die Zeitgenossen von der roten Front als Hilfe bei dem Überspringen der 5 % -Klausel bejahten, hatten diese – die auf den fahrenden Zug aufsprangen - nichts Besseres zu tun, als uns mit den mit Hinweisen auf die Blut- und Boden-Ideeologie der Nazis zu verleumden.[24]

Die SPD hat das Thema Bodenrecht aus Machterhaltungsgründen politisch entschärft oder ganz gestrichen. Seine letzte Lebenskraft hat der Sozialdemokrat Hans-Jochen Vogel – scheinbar ohne Erfolg – in das Thema Bodenrecht investiert. Eine KI-Auskunft von Googl lautet wie folgt.

> Hans-Jochen Vogel, ein bekannter SPD-Politiker, hat sich in der Vergangenheit für eine umfassende Bodenreform ausgesprochen, die auf einer neuen und gerechten Bodenordnung basiert. Seine Ideen beinhalten eine Ausweitung des Gemeindeanteils an Grund und Boden, die Verpflichtung der öffentlichen Hand zur Bodenerfassung und -akquisition, sowie die Abschöpfung von Bodenpreissteigerungen zugunsten der Gemeinden.

Ich verweise nun noch auf Beiträge zum Bodenrecht, die ich aus Anlass der Weltausstellung 2000 vor 25 Jahre zusammen getragen habe. Darin findet sich auch ein gutes Zitat zum Bodenrecht von Konrad Adenauer, der mit am Entstehen des Grundgesetzes gewirkt hat und die

24 Gerade an diesem Thema wird deutlich, das man sich davor hüten sollte, dass ein thematisch inhaltlicher Gegner ein unsympathischer Mensch sein muss. Das sollte man auch berücksichtigen, wenn es sich um Mitglieder und Wähler der AfD handelt. Und die Christen unter den Wählern und den Mitgliedern der anderen Parteien sollten bedenken, dass die Feindesliebe gerade hier ein Gebot ihres Glaubens ist.

frühe BRD stark geprägt hat. Nach dem Zweiten Weltkrieg, wo die vielen Flüchtlinge und Vertriebenen alle zu Landlosen geworden waren, wäre der richtige Zeitpunkt für die Reform des Bodenrechts gewesen, aber die Parteien, die die Interessen Landeigentümer in der BRD – die einzigen, die aus dem Krieg ein Nutzen gezogen haben – vertraten, haben das verhindert.

22.1 **Das Boden(un)recht I** - Hauptteil
Beiträge zur Förderung der Menschenrechte, des Friedens und der Freiheit
Eine Sammlung fremder und eigener Texte - *Oktober 2000*

22.2 **Das Boden(un)recht II**
Eigenständige Beiträge von Fritz Andres, Roland Geitmann, Elisabeth Meyer-Renschhausen u.a.

22.3 **Das Boden(un)recht III**
Eine alte Gegenposition:
Auszüge aus: Die Bodenreform, Dr. R. Van der Borgt, 1919

Nachfolgen noch ein Beitrag über die Wirkung des Bodenrechts in Afrika.

177.12.2 **Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik**
Sonderausgabe für die Opfer der westlichen „Entwicklungshilfe:"
Herbert H. K. Müller 1961

Ich füge jetzt noch ein Informationsblatt mit Links und Anmerkungen zu der Textreihe 160 vom 8. Januar 2019 ein, auf das ich weiter oben schon verwiesen habe.

Neue Texte Januar 2019 / Begleittext der Benachrichtigung

von der Wirkung politischer Leitideen, besonders, wenn sie falsch sind und auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag

160 **Die Thesen zum Zustand unserer Demokratie und Ökonomie und ihren Entwicklungs-Chancen**
von Tristan Abromeit / Januar 2019
10 Seiten Anhang zu den Themen Bodenrecht, Bildungspolitik und Parteiendemokratie
von Gehardus Lang, Dirk Löhr und TA (33 + 10 Seiten / 468 KB)

160.1 **Protokoll der Überlegungen zum Thema und ihren Entwicklungs-Chancen**
von Tristan Abromeit Dezember 2018 (282 Seiten 5,02 MB)

160.2 **Über ein notwendiges freiwirtschaftliches Manifest**
zur Lage und zu den Möglichkeiten Deutschlands und Europa in heutiger Zeit
eine Forderung vom Dezember 2017
von Tristan Abromeit (16 Seiten / 176 KB)

Die Thesen sind als eine Art Zusammenfassung des Textes 160.1 entstanden, aber ohne direkte Zugriffe darauf. Nur einmal habe ich auf ein Thema im langen Text verwiesen. Den Text

160.1 habe ich Protokoll genannt, weil er das Ergebnis eines kreativen und meditativen Schreib- und Leseprozesses ist. Er enthält keine Gliederung und wer interessiert ist, kann auf jeder Seite anfangen und aufhören. Die Einfügung von Textziffer mit ein Stichwort aus dem jeweiligen Text als Zwischenüberschrift, ein Namens- und Sachwortregister währen nützlich. Das überstieg aber meine derzeitigen Möglichkeiten.

Bei der Ausführung meines Vorhabens, war ich mit mir und dem Ergebnis manchmal unzufrieden und habe, das im „Protokoll" auch ausgedrückt. Die Notwendigkeit dieser Bemühungen wurden mir aber heute Morgen (8. 1. 22019) beim Lesen des Beitrages „Freiheit ist anstrengend" in der HAZ auf den Seiten 2 und 3 deutlich. Jan Sternberg gibt ein Gespräch wieder mit Marianne Birthler, (,,70, ist eine der wenigen Frauen aus der DDR-Bürgerrechtsbewegung, die es nach der Wende in hohe Ämter schaffte."), Claudia Sprengel (29, Die Linke), Ricarda Budke (19, grüne Jugend), Rica Eller *(25,* Juso) und Julian Brüning (25, Junge Union) waren die weiteren Teilnehmerinnen. Es sind zwei Aussagen, die ich mich hier veranlassen, darauf hinzuweisen:

a)*Eller:* Noch nicht einmal ein Zehntel der Brandenburger vertraut politischen Parteien. Da weiß ich gar nicht mehr, auf welcher Basis ich auf die Leute zugehen soll. Als Vertreterin einer Partei kann ich ihnen anscheinend nicht kommen.

b)*Birthler:* Wir sollten aber nicht vergessen: Dass die Einheit so schnell vollzogen wurde, ist nicht im Westen, sondern im Osten entschieden worden, und zwar mit den ersten freien Wahlen am 18. März 1990. Es gab damals heftige Debatten darum, ob der Beitritt nach Artikel 23 Grundgesetz oder eine verfassunggebende Versammlung nach Artikel 146 der richtige Weg sei. Ich war damals für den zweiten Weg und habe Plakate geklebt: „Artikel 23 - Kein Anschluss unter dieser Nummer".
Die Leute wollten die Einheit aber mit ganz großer Mehrheit sehr schnell. Ich hätte es mir anders gewünscht, aber das muss man dann respektieren. Die große Lehre von 1990 war ja für viele, auch für mich: Demokratie heißt nicht, dass jetzt alles passiert, das ich für richtig halte.

Vom Westen aus habe ich das mit der Eile anders gesehen als Marianne Birthler. Jedenfalls war die Eile im Osten der CDU-Regierung Kohl willkommen, um eine Diskussion um die Verfassung gar nicht erst groß aufkommen zu lassen. Und die anderen Parteien und die Bürgerschaft insgesamt haben keinen großen Widerstand geleistet. Das wird aber bei dem 30. Jahrestag der Vereinigung von DDR und BRD in diesem Jahr kein Thema sein. Dort wird unsere Republik weiter in den Abgrund gejubelt werden.

8. Januar 2019 Tristan Abromeit

00000

Ich verweise hier noch auf einen Text von mir, der das Grundgesetz zum Thema hat:

164 **Das Grundgesetz wurde vor 70 Jahren verabschiedet.**
Haben wir Gründe zum Jubeln oder Trauern?
Anmerkungen zu dem Kommentar „Unser Grundgesetz / 70 Jahre grandios erfolgreich und trotzdem unvollendet“
von Professor Dr. Hermann Heußner,
veröffentlicht im **md**magazin – Zeitschrift für direkte Demokratie 1 Ausgabe 2.2019 von Tristan Abromeit / Zum Tag der Deutschen Einheit / 3. Oktober 2019 (115 Seiten / 884 KB)

00000

Jetzt noch eine Antwort auf die Ausgangsfrage:

Was ist an der Forderung nach einem Af'D-Verbots falsch?

Meine Antwort: **Alles,** denn wer ein solches Verbot befürwortet, begibt sich außerhalb des politischen Rahmens, den das System der Demokratie allen Akteuren gibt. Zudem befürchte ich, dass solche Bemühungen der AfD-Konkurrenten und ein nicht undenkbarer Verbots-Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes die Position der AfD-Wähler und Mitglieder stärken würde. Man bedenke, schon die 5 %-Klausel bei den Wahlen bedeutet eine politische Entmündigung von gleich vielen oder mehr wahlberechtigten Bürgern. Wenn gleichzeitig mehre Parteien an dieser Hürde scheitern, kann es dazu kommen, ein Vielfaches von 5% der Wahlberechtigten von ihrem Mitwirkungsrecht bei der Besetzung des Parlaments und der Regierung ausgeschlossen sind. Die AfD erreichte bei der letzten Bundestagswahl rund 20,8 Prozent der Stimmen und wurde damit zweitstärkste politische Kraft und das soll durch ein Verbot rückgängig gemacht werden? Die AfD kann nur gestoppt werden durch eine bessere Politik der konkurrierenden Parteien, die unsere Republik in die jetzige Situation hinein manövriert haben. Ich sehe dazu keine Zeichen, die signalisieren, dass das gelingen kann. Besser ist daher auf einen Neustart unserer Republik zu setzen. TA